

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Wahrschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Amt 1, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 29. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt haben, erkennen sich des lebhaftesten Beifalles unseres Leserkreises.

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
 werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
 halts unseres Blattes angesehen. Durch unsere
Unterhaltungs-Beilage
 ist dem Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser und Leserinnen
 in reichstem Maße Rechnung getragen worden.

Am 1. Februar beginnen wir in derselben mit der Veröffentlichung des ergreifenden Romans

Jacob der Letzte

von Peter Rosegger.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate Februar und März

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Briefe aus Holland.

Die Arbeiterbewegung in den Niederlanden ist noch immer in ihrer Sturm- und Drangperiode. Aber die Zeichen wehren sich, die darauf schließen lassen, daß aus dieser Sturm- und Drangperiode etwas Neues herauskommen wird: eine politische Arbeiterpartei, welche den Klassenkampf führt und, ausgehend von der ökonomischen Noth der Arbeiter, diese gegen die Ausbeuterklasse organisiert, um die Hände der Gesetzgebung in die Hände zu bekommen, — sich damit die möglichen Verbesserungen ihrer Lage zu erringen und auf die Eroberung der politischen Macht los zu steuern.

Die Umstände, welche diesen Entwicklungsprozess im Jahre 1896 wesentlich beschleunigt haben, sind: der wechselnde Auf- und Niedergang der Gewerkschaftsbewegung, welche sich selbst bei den günstigsten Verhältnissen und bei einer in der ganzen Welt wohl noch nie erreichten Kraft und Vollkommenheit (ich meine den Diamantarbeiterbund) dennoch auch bei uns ohnmächtig erwies, die überspannten, an sie geknüpften Erwartungen zu befriedigen; der Londoner Kongress, welcher der Gegenstand vielfacher und heftiger Erörterungen in Diskussionen in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gewesen ist und den Arbeitern gezeigt hat, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sie möge unter den organisierten Arbeitern noch in der Minderheit sein, hier die Prinzipien und die Taktik der überwältigenden Majorität des kämpfenden Proletariats vertritt; die Zerstückung und das ratlose Hin- und Herschwanzen der antiparlamentarischen Gruppe des Domela Nieuwenhuis, welche sich mehr und mehr zu einem Mischmasch von Loslois'schen, anarchoideben, antimonarchischen, freidenkerischen und sonstigen halbbürgerlichen Schattierungen entwickelt; das ebenso ratlose und schwankende Benehmen der radikalen Partei, welche das Unmögliche versucht, um als „Arbeiterpartei“ gelten zu können, aber hierin scheitert; endlich und vor allem das neue und eben in kraft getretene Wahlgesetz, welches alle Parteien, und besonders die unserige, schon mobil gemacht hat und der Domela'schen Fraktion den Gnadenstoß versetzen dürfte.

Ueber alle diese Punkte einige wenige Worte, damit die deutschen Genossen am Anfange des für unsere Partei so wichtigen Jahres 1897 über die Lage in Holland unterrichtet seien.

In der gewerkschaftlichen Bewegung habe ich das spontane Entstehen des Rotterdammer Dockarbeiterbundes im Frühjahr nach einem halb gewonnenen Streik, seinen raschen Aufschwung und seinen ebenso raschen Niedergang zu verzeichnen. Noch viel stolzer entwickelte sich in Amsterdam der Diamantarbeiter-Bund, welcher 90 pCt. der im Fach beteiligten Arbeiter umfaßte und sich schon als Beherrscher der Industrie fühlte, die in Amsterdam ihren Hauptsitz hat. Als die Arbeitgeber mit einer Ausperrung drohten, falls der Bund den über einen der ibrigen verhängten Bonott nicht aufhob, hat der Diamantarbeiter-Bund sich aufgelöst, in der Meinung, die eigentümlichen Zustände in dieser Industrie, welche ganz auf dem vom Bunde errungenen und aufrecht erhaltenen Lohnzins aufgebaut waren, werden die Arbeitgeber zwingen, sich entweder dem Willen des Bundes zu fügen, oder mit dem Bunde zu gründen zu geben. Damit hat es aber noch lange Weile und ein Diamantarbeiter, Genosse De Levita, sagt sehr zutreffend in Partei-Organ „De Sociaal-demokraat“, daß, solange der Kapitalismus besteht, keine Gewerkschaft von Arbeitern, und sei sie noch so mächtig, die Industrie beherrschen und unbesiegbar sein kann. Natürlich kann jeden Tag der Bund, dessen großer Streikfonds, etwa 100.000 M., noch unberührt ist, sich wieder ins Leben zurückrufen, aber sein Ansehen hat jedenfalls sehr gelitten.

Der Streik der Glasarbeiter in Maastricht zur Verteidigung des Vereinsrechtes gegen den berechtigten Fabrikanten Regout, wobei sie von der ganzen Arbeiterschaft und sogar von den Radikalen unterstützt wurden, hat mit einer Niederlage geendet. Auch in den vielen anderen Orten, wo in diesem Jahre die Koalitionsfreiheit von den Unternehmern angegriffen wurde, erwies sich der Widerstand der Arbeiter ohnmächtig. So hat das vergangene Jahr fortwährend

die Missionen der Antiparlamentarier liegen gestraft, welche noch immer zu ihrer „rein ökonomischen Aktion“ schwören. Als Folge der Streiks, welche in Amsterdam und Rotterdam in den letzten Jahren stattfanden, ist das Einbringen eines Gesetzentwurfes der Regierung zur Einführung von Arbeitskammern zu verzeichnen, welche aber für uns unannehmbar sind, einmal weil Unternehmer und Arbeiter zu denselben zusammen berathschlagt und so die Stimme der letzteren moralisch zum Schweigen gebracht werden kann, und zweitens, weil ihre Beschlüsse keine Rechtskraft haben.

In Erinnerung der Leser sind noch die skandalösen Vorgänge anlässlich der Berichterstattung vom Londoner internationalen Kongress. Domela Nieuwenhuis und sein Gefolge sprengten unsere Versammlungen und illustrierten so in eigentümlicher Weise die von den Anarchisten so gepriesene „volle Freiheit“.

Der angebliche Antiparlamentarismus des Sozialistenbundes ist auf seinem letzten Kongress zu einer bloß äußerlichen Etikette herabgewürdigt worden, indem man zwar beschlossen hat, der Bund und seine Abteilungen sollten nicht an den Wahlen teilnehmen, die Mitglieder aber sollten individuell frei sein, nicht nur um zur Urne zu gehen, sondern auch, um sich in Wahlvereinen zu organisieren. Zu diesem Pakt mit dem verhassten „Parlamentarismus“ haben die Antiparlamentarier des Londoner Kongresses sich bequemen müssen, weil bei einer prinzipiellen Auffassung der Sache — wie ein Delegierter es ausdrückte — „die Anarchisten und die Parlamentarier den Bund verlassen werden und dieser dann aufgelöst werde“.

Ausdrücklich ist auch betont worden, daß ein Antiparlamentarier für die Kammer kandidieren kann: Der Weg ist also für etwaige Politiker in diesem sonderbaren Bunde gebahnt.

Weil ein hervorragender Propagandist im Sozialistenbund — Van der Beer in Middelburg — sich in der letzten Zeit zum Losloisismus bekehrt und aus christlicher Liebe sich geweigert hat, sich als „Schutter“ zu melden, hat man auf dem Kongress des Sozialistenbundes auch die Frage erörtert, ob Anhänger des Loslois'schen passiven Widerstandes Mitglied des Bundes sein können. Man hat auch verstanden, diese Frage prinzipiell zu beantworten und nur erklärt, die schütterliche Dienstverweigerung des Van der Beer sei eine revolutionäre That. So kann dieser sanftmüthige Mensch, der auf dem Kongress erklärte, wenn jemand versuchen möchte, sein Weib zu tödten, so werde er denselben nicht mit Gewalt, doch nur mit überredenden Worten widerstehen, Mitglied bleiben einer Partei, deren absonderliches Merkmal es ist, wie Domela einmal sagt, daß sie den Sieg des Proletariats vermittelst einer gewaltthätigen Revolution anstrebt.

Ich meine, daß der Name einer Partei, welche, um nur den Schein ihres Bestehens zu retten, so charakterlos und unprinzipiell verfährt, sich selbst das Todesurtheil spricht. Daß es die Männer eben jener Partei sein müßten, die auf dem internationalen Kongress sich als Vertreter des sozialistischen Prinzipes aufzuspielen wagten, das ist wohl eine der glänzendsten Fronten des Schicksals, ein eklatanter Widerspruch, wie man nur wenig antrifft.

Wir aber, die wir in Holland die Bildung einer Klassenbewußten Arbeiterpartei auf internationaler Grundlage antreiben, werden uns mehr und mehr darüber klar, daß der sittliche und geistige Verfall des Nieuwenhuis'schen Häufchens unsern Sieg beschleunigen wird.

In den bürgerlichen Parteien Hollands gährt es nicht weniger, wie in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als 1896 nach dem Mißlingen der fortschrittlichen Wahlreform des Ministers Tol van Voortvliet die Kammer aufgelöst wurde, waren bei den Wahlen alle Parteien gespalten. Jede von ihnen war in eine „demokratische“ und eine „konservative“ Fraktion getheilt. Auf einmal zeigten die theologischen Hebel an, in welchen die bürgerlichen Parteien im religiösen Angelegen Holland sich gewöhnlich verhalten, und die Sonne des Klassenkampfes sah einen Augenblick die sozialen Gegensätze zwischen Groß- und Kleinbürgerthum deutlich hervortreten — alle alte Formeln waren vergessen und die einzige Lösung war: für oder wider die Demokratie. Von der damals stattgefundenen Spaltung hat sich nur die katholische Partei erholt, deren Kammer-Abgeordnete sich auf Grundlage eines Programms vereinigt haben und welche mit Syllabus und Encyclica die Diktin und die Schäftein, Scheerer und Geschorene, alle Katholiken in einer sozial angehauchten konservativen Partei zusammenhalten bestrbt ist. Damit dieses Kunststück gelingen kann, haben die Bischöfe allen katholischen Organen verboten, einander zu belächeln, und es herrscht im katholischen Lager wieder die Stille des Todes.

Von der anti-revolutionären (Calvinistischen) Partei sind die frommen Junker und Barone, welche sich heute dazu herabließen, von den „kleinen Leuten“ unter Gottes Segen die hohen Staatswürden und fetten Pensionen anzunehmen, ausgeschieden, als besagte „kleine Leute“ unter Führung ihres (wie sie es nennen) „von Gott gegebenen Führers“, des Abraham Kuyper, im Wahlreformstreit die Partei des liberalen Ministers Tol van Voortvliet ergriffen.

Die liberale Partei, welche auf sozialem und politisch-reformatorischem Gebiete seit 40 Jahren durch ihre Zusammenfassung aus konservativen und demokratischen Elementen gelähmt war und nur durch eine antikerikale Politik ihre Einheit bewahrte, hat sich ebenfalls gespalten und die mehr fortgeschrittenen Elemente sind in der „liberalen Union“ zurückgeblieben.

Die Radikalen sind die zu früh geborenen Epigonen des liberalen Bürgerthums, welche versucht haben, sich von den Konservativen los zu reißeln in einer Zeit, als die Kleinbürger noch konservativer waren, als die Bankiers, und als die wenigen Arbeiter, welche sich um politische Fragen kümmerten, entweder der liberalen Partei oder der sozialistischen Bewegung angehörten. Sie haben es nie zu einer wirklichen Partei bringen können und verfügen nicht einmal über ein Organ. Mit Hilfe anderer Minoritäten sind einige von ihnen in den Gemeinderath von Amsterdam gewählt, und zwei Radikale, die Herren Gerritsen und De Boer, sind Mitglieder der Zweiten Kammer, worin sie eine sehr unbedeutende Rolle spielen. Sie fürchten alle Agitation, wie die verstoßtesten Konservativen, und wollen dennoch eine „Arbeiterpartei“ sein. Sie bilden sich ein, mit der Kammer, welche von den neuen Wählern gewählt wird, etwas Nüchternes leisten zu können und wollen deshalb lieber „soziale Reform“ machen, als mit uns

*) „Schutter“ heißt unsere Bürgerwache (garde civique), welche wegen ihrer gänzlichen Ungefährlichkeit ein fortwährender Gegenstand des Volkshumors ist.

eine neue Kampagne in und außer dem Parlamente eröffnen für das allgemeine Wahlrecht. So werden sie sich gewiß einmal mit der „liberalen Union“ verschmelzen. Einstweilen zanken sie sich unter einander wie Hund und Katze und der einzige politische Kopf unter ihnen, Herr Treub, hat sich vom politischen Leben zurückgezogen und eine Professur an der Universität Amsterdam angenommen, die die Mitglieder des Gemeinderaths ihm angeboten haben, um feiner als Unterbürgermeister los zu werden.

Die S. D. A. P. (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) hat vom Augenblick ihres Entstehens an eingesehen, daß nur innerliche Einigkeit auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie im Stande ist, auf die Dauer aus den bestehenden Organisationen die tüchtigsten Elemente anzuziehen und die Massen für ein dauerhaftes politisches Leben zu gewinnen. Unsere Presse besteht aus einer Monatschrift „De Nieuwe Tijd“, worin die theoretischen Fragen behandelt werden, dem Partei-Organ „De Sociaal-demokraat“, welches die Organisation und die politische Thätigkeit der Partei befördert und der „Volkstribüne“, einem lokalen Agitationsblatt für den katholischen Süden. Die beiden letztgenannten sind Wochenblätter.

Die Möglichkeit für ein aktuelles Eingreifen in die Politik durch die Presse ist also nicht gegeben; uns fehlen die Mittel für ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt, wie es „Recht voor allen“ ist.

Wir hoffen, daß die Erfolge des bevorstehenden Wahlkampfes für unsere Partei derartige sein werden, daß wir Boden, auch für unsere Presse, gewinnen. In Utrecht, Almelo, Arsen, Groningen, Harlem und Leeuwarden und anderen Orten sind von unseren Parteigenossen schon Arbeiter-Wahlvereine gegründet worden; in Rotterdam haben die Gewerkschaften sich mit unserer Partei zu einer gemeinschaftlichen Aktion bei den Wahlen verbündet. Besonders im Norden des Landes, in den Provinzen Friesland und Groningen, entfaltet unsere Partei eine rege Thätigkeit. Dort hoffen wir, ein paar Wahlkreise zu erobern.

Die unter unserem Einfluß gegründeten Wahlvereine unterscheiden sich von den bürgerlichen Vereinen dadurch, daß sie die Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts an die Spitze ihres Programmes setzen. Eine andere Forderung, die in der Gewerkschaftsbewegung im Vordergrund steht, ist die Einführung eines Reichs-Pensionsgesetzes für alle Arbeiter. Zur Durchsetzung dieser Forderung hat sich ein Verband niederländischer Arbeitervereine gebildet. Der Sozialistenbund ist dieser Bewegung ferngeblieben; unsere Parteigenossen bilden aber darin die treibende Kraft. Auch die Bäcker haben eine Agitation zur geschlichen Abschaffung der Nachtarbeit begonnen, welche ebenfalls dazu beitragen wird, die Arbeiter in die politische Arbeiterbewegung und damit in unsere Partei zu ziehen.

Freudigen Muthes werden die holländischen Sozialdemokraten die Wahlen betreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Es ist schon lange her, daß der Post-Etat zu pompösen Kundgebungen für den gewaltigen Kulturfortschritt, an dessen Spitze Deutschland marschirt, benutzt wurde. Herr v. Stephan überschüttete damals den Reichstag regelmäßig mit Unsummen von Zahlen und sonstigen statistischen Angaben und die Majorität spendete dem Postgewaltigen donnernden Beifall. Heute ist das anders geworden. Von Reformen ist es im Reichs-Postamt schon lange stille geworden und so drehte sich die ganze Debatte heute um Forderungen, die eigentlich so selbstverständlich sind, daß nur die vollständig eingerostete Verwaltungsmaschine im Reichspostwesen es erklärlich macht, daß sie nicht längst durchgeführt sind. Erhöhung des Maximalgewichtes der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm, Durchführung eines neuen auf gerechterer Grundlage beruhenden Post-Zeitungsstarifes und Herabsetzung der Telephongebühren, das sind ebenso alte, als leicht zu erfüllende Forderungen, welche heute zum wer weiß wie vielen Male von den Abgeordneten Müller-Sagan, Hug und Dr. Hamacher wieder gestellt wurden. Herr v. Stephan und sein Ablass Dr. Fischer hatten aber für alle diese Wünsche nur ein kaltes Nein. Die Zeiten der Reform sind eben vorbei. Treffend kennzeichnete unser Genosse Singer dieses Verhalten der Postleitung dahin, daß der Generalpostmeister alles a limbo abweise, was die Ueberschüsse einschränke. Die Post sei nach dieser Auffassung weniger ein Kultur- als ein Institut für fiskalische Plasmacherei. Außerdem erörterte unser Redner die Beschwerden der Beamten über die mangelhafte Durchführung der Sonntagsruhe und des Sommerurlaubes, und stellte fest, daß seitens einzelner oberer Postbehörden den Untergebenen gegenüber ein Ton angeschlagen werde, wie man ihn für unmöglich halten sollte. Als Beispiel verlas Singer ein Birkular des Karlsruher Oberpostdirektors Hef. Auch den Fall Washford und die famose Anordnung auf dem Centraltelephon-Amt in Berlin, Aufträgen aus dem Unionklub als bevorzugt zu behandeln, streifte Singer und knüpfte daran die Frage, womit man eine derartige Bevorzugung gegenüber den bürgerlichen Abonnenten rechtfertigen will?

Die Antwort auf diese Anfrage gab Dr. Fischer dahin, daß eine Verordnung, solche Bevorzugung eintreten zu lassen, nicht existire; daß aber die Bevorzugung thatsächlich existire, leugnete der Herr nicht.

Nachdem auch Werner (Antisemit) eine Reihe von Beschwerden aus dem Kreise der Postbeamten vorgebracht und Dr. Hamacher sich energisch über den Schneidengang auf dem Postgebiet beschwert hatte, trat die Vertagung ein.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. —

Aus Wuzang. Daß der Geburtstag des Monarchen von Hoflieferanten, Kriegervereinen und Fabrikanten-Vereinigungen, von Nationalliberalen und Konservativen, von katholischen Pfarrern, evangelischen Pastoren und jüdischen Rabbinern gefeiert wird, daß verzieht sich von selbst, darüber würden wir zu allererst ein Wort verlieren; auch die Schulfeiern müssen stattfinden, und sie doch amtlich vorgeschrieben; das gleiche gilt von den Festreden auf den Hochschulen. Aber gerade von den letzteren sollte man doch gewisse Rücksichten erwarten, Rücksichten, die die wissenschaftliche Stellung des Vortragenden und der Zuhörer anerkennen. Völlig frei von solchen Rücksichten wußte sich unzweifelhaft der Festredner der hiesigen Universität, der Geheimrevisor Dr. W. Kahl. Nach einer Eulogium auf den regierenden König und sein Haus folgt folgender Satz: Als auf der von dem Großen Kurfürsten 1635 errichteten reformierten Universität Duisburg, eiserne Geisteskräfte gegen den Vortag der karlsbader Philosophie Beschwerde erhoben, antwortete Friedrich Wilhelm, daß keiner der Professoren für seine Lehre einer Synode oder Kirchen-Versammlung verantwortlich sei. Den Einzelheiten des Vorfalles bin ich nicht nachgegangen. (Diese wissenschaftliche Vorsicht! D. Red.) Die Worte, wie hier wiedergegeben, sind entnommen aus Drogens Geschichte der preussischen Politik. Aber ich schöpfe aus jenem Fürstwort die Berechnung, am Ehrentage des Königs, soweit die Frage in den Geschichtsbereich des Kirchenrechtslehres tritt, über Befehlsgebundenheit und Lehrfreiheit zu äußern.

Hat Professor Kahl eine so niedrige Meinung von der Kenntnis der Geschichte der Philosophie bei seinen Zuhörern, daß er nicht fürchtet, daß bei diesem Sage jedem sofort die intolerante Haltung Friedrich Wilhelm I. gegen den berühmten Vorläufer Kants, Christian Freiherrn von Wolff, einfallen wird? Weil er als Lehrer an der Universität Halle, dem Hauptstich des Pietismus, seine Lehren nicht den Forderungen des Modernismus anbequeme, wurde er durch eine Kabinettsordre des Hohenzollern Friedrich Wilhelm I. vom 15. November 1723 seiner Stelle entsetzt, und ihm unter Androhung des Stranges befohlen, Halle in 24 Stunden zu verlassen. Der Mann, den seine deutschen und ausländischen Zeitgenossen, die auf dem gleichen Gebiete der Wissenschaft arbeiteten, als den hervorragendsten Vertreter ihres Faches verehrten, der Mann mußte sich die schmachvollste Behandlung auf den direkten Eingriff des Königs gefallen lassen, weil er seine Philosophie nicht im Geiste der exzessivsten Geisteslichen hielt! Und unter Friedrich Wilhelm II. hatte die Freiheit der Wissenschaft auch nicht einen sicheren Hort im Schutze des Hohenzollernhauses. Der größte deutsche Philosoph Kant mußte sich die Zensurierung seiner Schriften in Preußen gefallen lassen. Und die Systeme Eichhorn und Kammer, sind die nicht der reine Hohn auf die Lehrfreiheit gewesen?

Und da schließt der Geheimrevisor Kahl mit dem Ausblicke in alle Zukunft:

Nichts wird geschehen, was das Erbe unserer Freiheit schmälern könnte.

Ein anderer Festredner, Professor Dr. M. Delbrück, sprach in der landwirtschaftlichen Hochschule über die Gärungsgewerbe und die Stärkefabrikation in ihrer Entwicklung und in ihren Beziehungen zur Landwirtschaft. Er schloß nicht gerade in engem Zusammenhange mit dem Thema seinen Vortrag mit dem folgenden Satze:

Möge es unserem geliebten Monarchen in starker Wehr zu Wasser und zu Lande gelingen, äußere und innere Feinde niederzukämpfen, auf daß uns der Friede zur Entfaltung segensreicher Kulturarbeit gesichert bleibe!

Man sieht, daß diese Reden nicht der Wissenschaft dienen, daß sie die Wissenschaft hintanstellen, sie ignorieren, wenn es gilt, möglichst deutlich ihre Loyalität an den Tag zu legen.

Zum Prozeß Tausch schreibt die „Köln. Ztg.“: „Noch ist der erste Akt kaum vorüber; was die spätere Zeit bringen wird, ist nicht vorauszusehen; die Zahl derjenigen, denen solche Aufdeckung zuwider und unheimlich ist, scheint freilich nicht gering zu sein, und es machen sich mannigfache Anzeichen des Wunsches geltend, die weitere Aufklärung zu vertuschen.“

Noch ein Nachspiel zum Prozeß Ledert-Lühow. Dem „Damb. Kor.“ zufolge verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß auch gegen den früheren Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff etwas im Werke sei, dessen Fernbleiben vom Kapitel des Schwarzen Adlerordens schon sehr bemerkt worden war.

Köln, 27. Januar. (Fig. Ver.) Gleiches Recht für alle! Voriges Jahr wurden in Berlin drei Buchbinder zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie ein Exemplar des Armeeverordnungsblattes, ein an sich wertloses Objekt, an sich genommen und dem „Vorwärts“ ermöglicht hatten, seinen Inhalt vor dem Erscheinen der betreffenden Nummer zu veröffentlichen. In Köln stand dieser Tage eine Sache vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung, die an den Berliner Fall erinnert; denn auch hier handelte es sich um die Entwendung eines noch nicht veröffentlichten Preherzeugnisses. Weiter allerdings reicht die Ähnlichkeit nicht; die Motive der That, sowie der gerichtliche Ausgang des Falles sind von dem Berliner Fall so verschieden wie nur möglich. Um so lehrreicher dürfte aber die Gegenüberstellung beider Fälle sein. Der Kölner Vertreter des Depeschen-Bureau „Herold“, Zeitungskorrespondent M., hatte im Jahre 1894 verschiedene auswärtigen Zeitungen Anmerkungen gemacht, ihnen die neuesten Depeschen der „Köln. Ztg.“ zu übermitteln. In dem Angebot hieß es unter anderem: „Ich verfüge frühzeitig über alle offiziellen Depeschen der „Kölnischen Zeitung“ und bin in der Lage, Ihnen dieselben so zeitig übermitteln zu können, als wie diese durch die „Köln. Ztg.“ dort bekannt gegeben werden.“ Die „Köln. Ztg.“, die Kenntnis von diesem Angebot erhielt, forderte die Angelegenheit nach und die Kriminalpolizei stellte fest, daß M. sich durch einen Lausungen der „Köln. Ztg.“ aus der Druckerei Makulaturrezepte bringen ließ zu einer Zeit, wo die betreffenden Nummern für den Stadtverkehr noch nicht freigegeben, sondern erst für die auswärtigen Abonnenten hergestellt waren. Auf dem Wege zum Bahnhof, wohin der Laufjunge die verschürten Zeitungspakete zu den Nachmittags- und Morgenjungen trug, traf er an einer entlegenen Straße den Hausdiener des M. und übergab ihm die entwendeten Exemplare. So war M., nachdem er auf diese Weise in den Besitz der betreffenden Zeitungsummern gelangt war, in der Lage, die darin enthaltenen wichtigen Depeschen für sein Nachrichtenbureau darüber zu verwerthen, als er sie durch Kauf des Exemplars nach Freigabe desselben durch die Expedition erhalten konnte. Den Lausungen der „Köln. Ztg.“ lohnte M. mit 10 Pf. pro Nummer, später mit einem monatlichen Fixum von 3 M. ab; das Schreiben setzte sich fort vom Oktober 1894 bis Juni 1896 und zwar nahmen nach einander an ihm theil zwei Hausdiener der „Köln. Ztg.“ und zwei Hausdiener des M. Die beiden letzteren hatten sich nun wegen Diebstahls, Leihens der Hehlerei und M. der Hehlerei und der Anstiftung zum Diebstahl zu verantworten. Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte gegen M. drei Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten, die sämtlich in jugendlichem Alter standen, einen Verweis. Das Gericht erkannte jedoch für sämtliche Angeklagte auf — Freisprechung. Es liege, so heißt es in der Begründung, zwar ein objektiver Diebstahl

vor, doch habe den jugendlichen Angeklagten, den beiden Hausdienern, das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gefehlt; damit falle auch gegen M. die Anklage auf Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei und gegen seine Hausdiener wegen Hehlerei.

Man stelle diesen Kölner Fall dem Berliner gegenüber. Hier Männer, die ohne jegliche Nebenabsicht auf materielle Gewinn, lediglich weil sie glaubten, dem Organ ihrer Partei einen Dienst zu erwiesen, ein wertloses Stück Papier entnommen — sie werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt; dort ein Mann, der jahrelang in eigenem hohem Interesse fortgesetzt Diebstahl an Eigentum anderer verübt, oder was richtiger und schlimmer, andere fortgesetzt zum Diebstahl verleitet und sich die Früchte ihrer Thaten zu Nutze macht — er geht frei aus. Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Der Mohr, der angeklagt hat. Heute geht uns folgendes Klagenstück zu:

In der Privatklage des Fabrikanten und Landtags-Abgeordneten J. H. Mohr in Wahrenfeld gegen Sie wegen Verleumdung werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß der Privatkläger die erhobene Klage zurückgezogen hat.

Allona, den 19. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht, Abth. IVa.

Seinige dreißig Jahre besteht in Hannover der Gesangsverein „Dinand“, ohne daß, soviel man weiß, die Polizei ihm während dieser langen Zeit etwas in den Weg gelegt hätte. Nachdem aber der Verein dem Wund der vereinigten Arbeiter-Liedertafeln von Hannover und Umgegend beigetreten ist und nachdem in den Vereinsversammlungen wiederholt Vieder mit ausgesprochen politischer Tendenz zum Vortrag gebracht worden sind, hat der Polizeipräsident Graf v. Schwerin auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes dem Verein untersagt, bei der am 24. Januar geplanten gemeinsamen Festlichkeit, die aus Vorträgen und Tanz bestehen sollte, „Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge“ zuzulassen.

Dagegen konnte in demselben Hannover der sog. „Aldeutsche Verband“, der sich über ganz Deutschland erstreckt und zweifellos als ein politischer Verein im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes angesehen werden muß, noch in voriger Woche eine Versammlung abhalten, zu der auch Damen eingeladen und erschienen waren. In der Versammlung referierte der bekannte Flotten-Agitator, Kapitan-Lieutenant a. D. Weger über unsere Marineverhältnisse und die Nothwendigkeit der Flotten-Vergrößerung. In dieser Versammlung konnten also „Frauenspersonen“ teilnehmen.

Und will es nicht recht in den Sinn, meint unser hannoversches Parteiorgan, der „Volksstimme“, daß die Beteiligung von Damen an einer Versammlung eines politischen Vereins, bei Erörterung einer Angelegenheit, die das ganze Volk interessiert, eine geringere politische Thätigkeit sein soll, als das Tanzen bei der Festlichkeit eines Gesangsvereins, der zufällig unter Tugenden von Liedern anderer Tendenz auch einige gelungen hat, die politischer Tendenz sein sollen. Wer giebt hier Aufklärung?

Eine neue Illustration zu den unleidlichen Zuständen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts bietet ein Vorkommnis in dem schlesischen Dorfe Mays. Aus Görlitz wird uns darüber geschrieben: Auf Wunsch einiger Arbeiter in Mays war dort von Arbeitervereinsmitgliedern des Görlitzer Gewerbegerichts eine Volksversammlung mit dem Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerbe-Gerichte“ einberufen worden, um für den industriell in Aufschwung begriffenen Ort die Nothwendigkeit eines Gewerbegerichts respektive dessen Anschluß an dasjenige der Stadt Görlitz darzutun. Obwohl die Versammlung rechtzeitig angemeldet war, hatte der Gendarm eine Beschränkung nicht verhalten, und als er, im Bewußtsein, dem Geheiß genügt zu haben, dieselbe eröffnete, erfolgte erst eine lange Auseinandersetzung mit dem Ordisgeordneten. Durch den Mund der anwesenden Gendarmen ließ derselbe mitteilen, daß er die Versammlung als eine Vereinsversammlung ansehe und gemäß § 8 des Vereinsgesetzes die Entfernung der Frauen und jugendlichen Personen fordere. Der dagegen erhobene Protest blieb unbeachtet und um den Zweck der Versammlung nicht ganz zu vereiteln, mußte dem Verlangen entsprochen werden. — Man denke, Gendarmen und Referent, Mitglieder des Gewerbe-Gerichts, einer Kraft des Gesetzes bestehende Institution, an welcher die Frauen doch das gleiche Interesse haben, werden hier zu einem „Verein“ konstruiert, um die Entfernung der Frauen zu begründen.

Leipzig, 28. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Vom Reichsgericht wurde das Urtheil des Landgerichts Jena gegen den Buchdruckermeister Cost und Genossen wegen Verbreitung von Wahlzettelchen, welche eine Unterschrift des Kandidaten nicht trugen, im vollen Umfange aufgehoben. Der Strafantrag war der Aufhebung, daß es genüge, wenn das der Staatsanwaltschaft einzureichende Exemplar des Aufzuges, die Unterschrift des Kandidaten trage. Soweit Cost wegen Verbreitung der „Volksstimme“ verurtheilt worden ist, wurde das Urtheil bestätigt.

Aus Württemberg, 20. Januar. In einer Stuttgarter Korrespondenz ist zu lesen, daß schon seit längerer Zeit das Ministerium des Innern die Stuttgarter Polizei angewiesen habe, sämtliche größeren sozialistischen Versammlungen zu überwachen und über deren Verlauf, die Rednerliste u. Bericht zu erstatten. Das Recht zur Ueberwachung nicht allein der sozialistischen, sondern sämtlicher Versammlungen überhaupt sei der Polizei durch den Richterpruch des Verwaltungsgerichtshofes, der höchsten Instanz in Württemberg, zuerkannt.

Also auch in Schwabenlande soll künftighin mit den alten Mitteln der Reaktion gearbeitet werden und auch hier soll nach dem Grundsatze des Justizministers Schönstedt gehandelt werden, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe: Die Versammlungen der Sozialdemokraten unter Polizeiaufsicht, für die aller anderen Parteien volle Versammlungsfreiheit.

Strasbourg i. G., 28. Januar. Die 24. Tagung des Landesauschusses wurde heute Nachmittag 3 Uhr durch den kaiserlichen Statthalter mit einer Ansprache eröffnet, welche Ueberschlüsse in den Finanzen des Landes während der Etatsjahre 1895/96 und 1896/97 feststellte, als Folge der erhöhten Einnahmen aus den Uebereinstimmungen des Reiches, sowie einer beträchtlichen Steigerung der Erträge der eigenen Einnahmequellen des Landes. Dank der seit einer Reihe von Jahren bestehenden günstigen Finanzlage konnten aus den verschiedenen Gebieten der Verwaltung zahlreiche gemeinnützige Unternehmungen zur Ausführung gelangen. Auch im Etatsentwurf für 1897/98 sind reichliche Fonds für bedeutungsvolle Unternehmungen in den einzelnen Verwaltungszweigen vorgesehen; insbesondere soll durch die Gewährung von Landeszuschüssen der Bau mehrerer wichtiger Eisenbahnlinien ermöglicht werden. Die Förderung der Landwirtschaft hat sich die Regierung auch im abgelaufenen Jahre angelegen sein lassen. Der Schiffsahrts-Verkehr auf dem Rheine ist abermals stark gestiegen, so daß es geboten erscheint, die Zufahrts- und Abfahrts-Verhältnisse vom Ströme zu den Hafenanlagen bei Strasbourg nach Möglichkeit zu verbessern, weshalb die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt sind. Durch die Konvertierung der 4prozentigen Reichsanleihen und der 4prozentigen Anleihen verschiedener Staaten in 3prozentige Werthe erleidet die Staatsdepositen-Verwaltung einen erheblichen Ausfall in ihren Zinserträgen. Zur Ausgleichung desselben ist eine sehr mäßige Herabsetzung des Zinsfußes, welchen die Staatsdepositen-Verwaltung den Sparbanken vergütet, in Aussicht genommen, worüber ein entsprechender Gesetzentwurf angekündigt wird. Zum Schluß giebt sich der Statthalter der Hoffnung hin, daß die Beratungen des Hauses wie im allgemeinen so auch insbesondere über die genannten Gegenstände der Gesetzgebung zum Heile des Landes gereichen werden.

Frankreich.
Paris, 27. Januar. Die Armeekommission der Deputirtenkammer nahm heute den Bericht des Berichterstatters Rejbers entgegen. Derselbe empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes betreffend die Bildung von vieren Bataillonen. Im Einvernehmen mit dem Kriegsminister General Billot wurde einstimmig folgende Fassung des Gesetzentwurfes angenommen: Der Kriegsminister wird ermächtigt, je nach den Erfordernissen des Dienstes, den für die Rekrutierung zur Verfügung stehenden Mitteln und den im Budget vorhandenen Geldern nach und nach ein viertes Bataillon in den subdizionären Regimentern zu errichten, ohne daß die Stärke der drei ersten Bataillone unter die in dem Budget vom Jahre 1896 festgestellte Zahl hinuntergehen könne. Die Kommission nahm sodann den Bericht Rejbers an, welcher die Annahme des Gesetzentwurfes empfiehlt, den er zur Zeit, als er Kriegsminister war, einbrachte, und der die Abschaffung der Artillerie-Territorialregimenter und die Reorganisation der zur Territorialarmee gehörigen Gendarmen und des Trains bezweckt. — Die Marinekommission genehmigte den Gesetzentwurf behufs Bildung einer höheren Marineschule.

Die Kommission zur Prüfung des Antrages Guillemet, nach welchem dem Staate das Monopol der Rettifizierung von Alkohol übertragen werden soll, nahm den Bericht Guillemet's an.

Belgien.
Brüssel, 28. Januar. Die Repräsentantenkammer hat nach mehrstündiger sehr lebhafter Debatte die Hauptbestimmungen der neuen Geschäftsordnung angenommen, durch welche namentlich die zeitweilige Ausschließung eines Deputirten, welcher die Ordnung gestört hat, gestattet wird.

England.
Wolverhampton, 27. Januar. In einer heute in der hiesigen Handelskammer gehaltenen Rede sprach sich der Präsident des Handelsamtes Ritchie gegen die unnötige Beunruhigung über den deutschen Wettbewerb aus. Er sagte, der von den britischen Kaufleuten an den Tag gelegte Unternehmungsgeist lasse es unnötig erscheinen, in slavischer Furcht zu leben, daß fremder Wettbewerb in irgend einer Weise Englands Vorrang auf den Märkten der Welt beeinträchtigen könnte.

Italien.
Rom, 28. Januar. (Times.) In autorisierten Kreisen verläutet, die italienische Regierung habe beschlossen, die Kolonie Erithraa mit Ausschluß Massana's aufzugeben.

Rußland.
Petersburg, 28. Januar. Nach einer Mittheilung der „Handels- und Industrie-Zeitung“ hat der Finanzminister angeordnet, daß angeichts des mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Abkommens wegen gegenseitiger Zugeständnisse Taschnierwaren jeder Art (Taschen, Portemonnaies, Portecigarren u.) aus Saffian, Samischleder und Glangleder durchzulassen sind nach Tarifartikel 57, Punkt 5; ferner Wasserlandschläfer, unabhängig von dem Material, woraus sie angefertigt sind, nach Tarifartikel 167, Punkt 2; porzellanähnliche Knöpfe (angegeben im Zirkular des Jahres 1894, Nr. 18709), nach Tarifartikel 212, Punkt 2, ebenso wie Porzellanknöpfe mit einem Zoll von 25 Kopfen in Gold pro Pfund; ferner in Wäsche aus Gellaloid durchzulassen nach Tarifartikel 167, Punkt 6. Hierdurch sind die Punkte 1, 2, 3 und 5 des Zirkulars vom 22. August 1896, Nr. 17187 aufgehoben.

Asien.
Kalkutta, 28. Januar. Im indischen Gesehgebenden Rathe brachte heute das ordentliche Mitglied des General-Gouvernementsrathes Woodburn eine besondere Vorlage ein betreffend die Abwehr gefährlicher epidemischer Krankheiten. Die Vorlage beantragt eine Erweiterung der Vollmachten der Kalkuttar Stadtbehörden, wie eine solche bereits in Bombay erfolgt ist. Woodburn wies auch auf die im Auslande durch die Pest hervorgerufene Beforgnis hin und führte aus, um den Handel zu schützen und die Beziehungen der anderen Nationen zu beschwichtigen, sollten die Behörden ermächtigt werden, eine ärztliche Besichtigung der Schiffe und, wenn notwendig, die Anhaltung verdächtiger Schiffe anzuordnen. Die Vorlage wurde einem Sonderausschusse überwiesen.

Afrika.
Agordat, 28. Januar. Die Derwische haben das Lager bei Amideo, welches sie besetzt hatten, verlassen. Sie sind in vollem Märsche begriffen, auf dem sie von bewaffneten Eingeborenen und von italienischen Truppen verfolgt werden.

In der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. erhielt das Oberkommando der italienischen Truppen die erste Nachricht vom Rückzuge der Derwische. In anbetragt des Standes der italienischen Streitkräfte und als Folge der von den Italienern begonnenen Zerstörung der Brunnen auf der Rückzugslinie der Derwische war die Nachricht wahrscheinlich; daher sandte das Oberkommando sofort eine starke Besognungsgruppe ab, damit nach erfolgter Feststellung des Rückzuges der Derwische die schon auf den Bergen bereitstehenden Scharen der Baria den Feind verfolgen sollten. Auch aus Serae und aus Hamafen über Mai Daro hatten sich den Italienern untergebene Eingeborenen-Scharen schon gegen die Derwische in Bewegung gesetzt. Heute Nacht ging ein Bericht ein, der bestätigte, daß die Derwische in der That das Lager von Amideo verlassen haben, daß sie besetzt und mit Kallidaten umgeben hatten. Die Derwische ziehen sich nach Kimoasa zurück; die den Italienern unterliegenden Eingeborenen haben die Verfolgung aufgenommen. Weder in der Umgegend von Kassa, noch im Gebiete von Barfa befindet sich gegenwärtig ein Haufe der Derwische.

Vorstehende für die Italiener sehr erfreulichen Meldungen werden von der italienisch-österreichischen „Agenzia Stefani“ übermittelt, sind also mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Amerika.
Washington, 27. Januar. Das Repräsentantenhaus hat den von einem Ausschusse beider Häuser des Kongresses vereinbarten Bericht, betreffend die Einwanderungsbill, angenommen. Durch die Bill würde, wie man annimmt, der dritte Theil der gegenwärtigen Einwanderer ausgeschlossen; namentlich sollen davon die Personen betroffen sein, welche des Lesens und Schreibens unkundig sind.

Reichstag.

163. Sitzung vom 28. Januar 1897, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Stephan und zahlreiche Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichshaus-haltsetats fort und zwar beim Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.

Bei dem Gehalt des Staatssekretärs weist der Bericht-erhalter Abg. Baasche (natl.) darauf hin, daß in der Kommission Mittheilung gemacht sei von dem Anwachsen des Postverkehrs bezüglich der Briefe, Postkarten, Postanweisungen und Pakete; die Petitionen betreffen die Erhöhung des Gewichtes für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm, wovon die Reichs-Finanzverwaltung einen Einnahmeausfall von 4 Millionen Mark befürchtet. Ebenso sehe es bezüglich der Telephongebühren. Die Petitionen von Beamten wegen Aufbesserung ihrer Befoldung sind nicht bei diesem Etat berathen worden, sondern sollen bei der Befoldungsvorlage besprochen werden. Der Bericht-erhalter empfiehlt ferner folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakets von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtzeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eilsendungen beschränkt werde.

Abg. Müller-Sagan (ref. Vp.): Bei den Wünschen nach Gehaltsaufbesserung wurde immer auf Preußen verwiesen, Redner ver-

weist darauf, daß in Preußen Beamtenklassen berücksichtigt sind, die man im Reich unberücksichtigt gelassen. (Präsident v. B. u. l. macht darauf aufmerksam, daß die Gehaltsverhältnisse bei den einzelnen Titeln der Beamtenbeförderungen verhandelt werden sollen.)
Nedner geht dann über zu der Frage der Erhöhung des Mindestgewichts der Briefe. Diese Erhöhung würde gerade den kleineren Leuten zu gute kommen, die das gewöhnliche Papier und die gewöhnlichen Umschläge benutzen. Wenn wirklich die Erhöhung des Gewichtes der Briefe einen Einnahme-Ausfall ergeben sollte, so könnte dieser gedeckt werden durch die anderweitige Gestaltung des Post-Zeitungsstarifs. Die Verhandlungen über den letzteren scheitern seit langer Zeit und kommen nicht zum Abschluß. Nedner spricht ferner für die Herabsetzung der Telephongebühren. Für die Subventionierung von Kabeln nach den Kolonien sei die Reichs-Postverwaltung zu haben, nicht aber für die Erleichterung des inneren Verkehrs, während doch das erstere nur bedeutet: travailler pour le roi de Prusse.
Abg. Aug. (Z.) tritt ebenfalls für die Ermäßigung der Telephongebühren ein.

Staatssekretär v. Stephan: Die Stellung der verbundenen Regierungen dieser Angelegenheit gegenüber ist eine völlig unveränderte geblieben. Es wird übersehen, daß wir bereits dreimal eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren seit 1881 vorgenommen haben. Es ist ferner klar, daß, wenn die Tariffätze billig sind, mehr geschrieben oder telephoniert wird. Würden Sie diese Sache noch mehr herabsenken oder gar aufheben, dann würde der Verkehr natürlich ein noch größerer sein. (Rufe: Oh!) Wie stellen sich aber die Ausgaben? In einem einzigen Oberpostdirektionsbezirk mußten infolge der Ermäßigung um 40 000 M. mehr Kosten aufgewendet werden; im ganzen geht das in die Millionen. In Württemberg und Bayern sind die Telephongebühren erheblich höher als bei uns, ebenso auch in Amerika und in anderen europäischen Staaten, wie Frankreich und England, wo sie 400 bis 600 M. betragen. Aber keine parlamentarische Versammlung ist dort auf den Gedanken gekommen, eine Ermäßigung zu verlangen. Die Herabsetzung auf 100 M. würde einen Ausfall von 6 1/2 Millionen Markt herbeiführen. Wollen Sie für diesen Ausfall Steuern auferlegen? Auf das Gespräch in Deutschland entfallen 2 1/2 Pf., in der Schweiz 3 1/2 Pf. Gebühren. So lange die Finanzlage so bleibt, wie sie ist, ist im Bundesrath eine geschlossene Mehrheit gegen jeden derartigen Antrag der Postverwaltung.

Abg. Camp (Sp.): Ich würde es für unverantwortlich halten, wenn man bei der jetzigen Finanzlage eine Einnahme von 5 bis 6 Millionen opfern wollte. Wir müssen ständig Anleihen aufnehmen. Zur Befriedigung solcher Wünsche wird man aber nicht Anleihen mehr aufnehmen oder die Steuern erhöhen. Schließlich ist doch die Zahl der bei dem Fernspreckwesen Interessenten verhältnismäßig klein. Die Annahme von Paketen außerhalb der Schalterstunden hat sich bewährt, aber die Extragebühren müßten weglassen für Arzeneien, die von der Stadt auf das platte Land gesendet werden.
Staatssekretär v. Stephan: Für außergewöhnliche Leistungen müssen wir eine außergewöhnliche Lage erheben, sonst würden wir den Verkehr nicht bewältigen können; nur durch die Extragebühr wird er etwas eingebremst. Die Ausnahme würde auch schwierig so formuliert werden können, daß kein Mißbrauch stattfinden kann.

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Verwaltung guten Willen hat, dann kann sie auch die von Herrn Camp geforderte Reform durchführen; der Geldausfall wird auch gar nicht so groß sein. Diese Schwierigkeiten erklären sich nur aus der Abgenutztheit, Ausgaben zu machen, die irgend im Stande wären, die Einnahmen der Post zu vermindern. Durch die Ausführungen des Staatssekretärs geht wie ein roter Faden die Auffassung, daß die Reichspost weiter nichts sei als ein Finanzinstitut. Der Staatssekretär hat hinsichtlich der Ermäßigung der Telephongebühren eine Rechnung aufgemacht, die ich nicht kontrollieren kann. deren Unrichtigkeit aber von vornherein auf der Hand liegt. Wenn mit der Ermäßigung der Telephongebühren die Benutzung der Fernspreck-Anlagen erheblich steigt, so ist doch die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die Vermehrung der Abonnementgebühren weit über die Zahl hinausgehen, die zur Deckung des Ausfalls aufgestellt worden ist. Durch die Verbilligung der Fernspreck-Gebühren wird also eine materielle Einbuße nicht geschaffen werden. Ich bestreite überhaupt die Wichtigkeit des Grundgesetzes, alles, was an Neuanlagen für Telephon u. s. w. ausgegeben wird, gedeckt werden muß durch eine sofortige Vermehrung des Abommements. Die Ausgaben für die Vermehrung der Anlagen amortisieren sich ebenso gut wie jede andere Ausgabe. Auf anderen Gebieten kommen solche Grundfälle nicht zur Anwendung. Weshalb gerade auf diesem? Die Reichspost ist schließlich nicht der fiskalischen Mißwirtschaft wegen gegründet worden, sondern dazu, den Verkehrsinteressen zu dienen. Wir werden also dem Antrage auf Verbilligung der Telephongebühren unsere Zustimmung geben. Ebenso werden wir auch für eine Hinausschiebung der Gewichtsgrenze der Briefe stimmen. Auch hier kann uns das Schreckgespenst eines Einnahmeausfalles nicht bestimmen. Die Grobdruckstricken und kaufmännischen Kreise haben am allerwenigsten ein Interesse an dieser Verbesserung. Sie wissen sich einzurichten, den Schaden aber tragen gerade die kleinen Gewerbetreibenden, die Arbeiter, diejenigen, die auf dem Lande und in den kleinen Städten wohnen. Wir bekommen wohl alle eine Menge von Briefen, die zu schwer sind, und deren Transporto wir gern bezahlen. Diese Briefe stammen eben aus jenen Kreisen. Ferner werden wir der Resolution in bezug auf die Annahme und Ausgabe von Paketen an Sonn- und Festtagen zustimmen. Unsere eigenen Anträge werden wir an anderer Stelle begründen. Die Frage der Sonntagsruhe der Postbeamten beschäftigt uns schon lange Zeit. Der Staatssekretär hat uns wiederholt darauf hingewiesen, daß für die Sonntagsruhe der Postbeamten ausreichend gesorgt ist. Ich habe bereits in der Budgetkommission meine Zweifel darüber ausgesprochen und sie durch Postmaterialien gestützt. Es handelt sich hier weniger um eine ungenügende Ausführung der Vorschriften der Oberbehörden als an dem ganzen System. Die Grenzboten haben in dieser Beziehung den Nagel auf den Kopf getroffen, indem sie darauf hinweisen, daß heute nur eine scheinbare Sonntagsruhe für die Postbeamten besteht, und daß das einzige Heilmittel darin zu suchen sei, daß die Arbeitszeit der Beamten und Unterbeamten erheblich herabgesetzt werde. Die Unterbeamten arbeiten jetzt 70, die anderen Beamten 60 Stunden die Woche hindurch, und es besteht die Einrichtung, daß eine Sonntagsruhe nur dadurch in wege gebracht werde, daß die Beamten untereinander abwechselnd den Sonntag arbeiten. Damit ist den Leuten aber nicht gedient. Es müßte vielmehr die am Sonntag zu leistende Arbeit auf die Hälfte reduziert, und zur Bewältigung dieser Arbeit müßten mehr Arbeiter in den Postdienst eingestellt werden. Das ist natürlich nicht ohne Kosten möglich. Wir werden aber solange nicht an den Ernst der Postverwaltung glauben, daß sie den Beamten wirklich eine Sonntagsruhe geben will, solange sie vor den Kosten zurücksteht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kilometerzahl der Landbriefträger muß vergrößert werden. Beschwerden sind uns hierüber aus verschiedenen Orten, namentlich aus Malsburg, zugegangen.

In bezug auf die Urlaubsfrage ist uns im vorigen Jahre die Reichs-Postverwaltung entgegengekommen in dementsprechender Weise durch die Einführung des Sommerurlaubs auch für die Unterbeamten. Es sollte im vorigen Jahre die Einrichtung getroffen werden, daß dieser Urlaub bis zu 14 Tagen gewährt würde unter Uebernahme der Stellvertretungskosten auf die Postkasse. Diese Einrichtung ist aber, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, nicht überall eingeführt worden, z. B. nicht in Oera, und die Oberpostdirektion in Elbing hat eine Verfügung erlassen, welche diese ganze Wohlthat illusorisch macht, da hiernach die Unterbeamten sich gegenseitig zu vertreten haben, wenn sie Urlaub haben wollen. Womit wird dabei vorausgesetzt, daß sie auch noch die Vertretungskosten zu zahlen haben. Es muß den nachgeordneten Behörden klar gemacht werden, daß eine solche Auffassung dem Sinne der Generalverordnung des Reichspostamts widerspricht. Es verlaute, daß der Erlaß des preussischen Staatsministeriums bezüglich der Unterschreibung von Petitionen

und des Besuchs der Versammlungen auch in der Reichspost zur Nachachtung empfohlen worden ist. Erzwungen wird die Sache noch dadurch, daß das Reichspostamt diesen Erlaß nicht auf dem Wege der schriftlichen Anweisung an die Direktion verbreitet hat, sondern auf dem Wege der mündlichen Rücksprache. Dieser Verfügungs-Erlaß geht wie das Unternehmerrthum von der Annahme aus, daß mit der Arbeitskraft auch die politische Ueberzeugung und Ansicht des Arbeiters oder Beamten erkaufte sei. Das müssen wir auf das Schärfste mißbilligen. Ich frage den Staatssekretär, ob er diesen Erlaß ebenfalls seinen nachgeordneten Behörden zur Nachachtung mitgeteilt hat. Er wird es mir nicht übernehmen, daß ich ihn nach seiner ganzen Vergangenheit und seiner Stellung im Reichstage im Verdacht habe und ihn dessen für fähig halte.

Auch die Behandlung des Assistentenverbandes steht nicht im Einklang mit dem modernen Arbeitsverhältnis, sondern entspricht vielmehr durchaus der Stumm'schen Auffassung. Ein neues Beispiel zeigt, welche Auffassung die höheren Postbeamten von dem so loyalen Post-Assistentenverband haben, der nur seine Interessen vertritt. Im Großherzogthum Baden ist verfügt worden, daß an dem Geburtstage des Großherzogs die Postbeamten nur Dienst wie am Sonntag thun sollten. Einige vielleicht mißtrauische Menschen wollten feststellen, wie diese Verfügung gehandhabt worden ist, und es wurde an eine Reihe von Postbeamten darüber eine schriftliche Anfrage gerichtet. Ein solches Schreiben muß auch dem Oberpostdirektor Geheimen Ober-Postrath Heß in Karlsruhe zu Händen gekommen sein, und er erließ eine Verfügung, die charakteristisch ist, datirt Karlsruhe, 12. September 1896. Darin sagt er, daß jenes Schreiben aus streifen flamme, welche Unbotmäßigkeit und Ueberhebung, freche Verhöhnung der Vorgesetzten und eine lubenhasse Kritik an den Verwaltungsmaßregeln ansäßen, und spricht die Hoffnung aus, daß die Beamten die Verantwortung des Schreibens unterlassen werden. Sie würden sich sonst einer Verletzung ihres Eides schuldig machen. Wenn man nachgeordnete Beamte mit derartigen Ausdrücken belegt, dann ist es bald hohe Zeit, für solche Beamte einen Ausfluß über den Ausgang mit Menschen einzurichten. Die höheren Beamten sollten einen solchen Erlaß nicht in die Welt setzen, der bei Untergebenen nur das Pöbeln des Mitleids erregt, bei den Untergebenen aber Gefühle der Bitterkeit und des Hasses hervorruft. Der Herr Unterstaatssekretär schüttelt mit dem Kopf; kann er aber etwa aus Kreisen der Unterbeamten ein Schreiben mit solchen Ausdrücken vorbringen? Ein solcher Ton müßte unter anständigen und vernünftigen Menschen eigentlich undenkbar sein. (Sehr richtig! links.)

Auch das Verhalten der Postverwaltung in dem Falle Washford wirkt auf diese im eigenthümlichen Licht. Der Herr Staatssekretär hat sich damals dieses Herrn mit besonderer Wärme angenommen und die internationale Pflicht der Höflichkeit allerdings erfüllt. Herr Washford hätte sich dafür nur dankbar erzeigen sollen. Aus Mittheilungen, die uns von der Journalisten-Tribüne gekommen sind, wissen wir aber, wie sich derselbe Herr dort benimmt. Herr Washford konnte aber einen Telegraphenbeamten beleidigen, weil er unter dem Schutze einer besonders hohen Persönlichkeit steht. Er soll ja Bewunderer eines sehr hochgestellten Mannes sein. Diesem Falle reiht sich der Fall eines Herrn v. Auerwald an, in dem es auch zu einer Anklage gekommen ist. Herr v. Auerwald soll eine Telephonistin mit dem Rufnamen: „Sie dummes Schwein“ belegt haben. Jemand, der in so roher und gemeiner Weise eine Dame beleidigt, würde natürlich, wenn seine Ehre verletzt wäre, zu den schneidigsten Duellanten gehören. Die Sache selbst ist durch gerichtliches Urtheil, soweit es möglich ist, geklärt. Der Gerichtshof ist über den Antrag des Staatsanwalts noch hinausgegangen, aber in der Gerichtsverhandlung sind Dinge zur Sprache gekommen, die den Verdacht nahelegen, als ob die Postverwaltung nach als in dem besonderen Dienst dieser Herren befindlich betrachte. Nach den Zeugenaussagen der Telephonbeamten soll Herr v. Auerwald außerordentlich ungeduldig, erregt und zu Schimpfwörtern geritzt gewesen sein; die Aufsichtsbehörde soll deshalb angeordnet haben, daß, wenn mehrere Gespräche zugleich verlangt wurden, Herr v. Auerwald zuerst berücksichtigt würde. Herr v. Auerwald ist Generalsekretär des feudalen Millionenklubs, und dessen Vorsitzender Herzog v. Ratibor soll mit Beschwerden über die Telephonverwaltung an „allerhöchster“ Stelle gedroht haben. Deshalb sollen die Telephonnummern der sämtlichen Mitglieder des Millionenklubs besonders notirt worden sein, damit sie immer zuerst bedient würden; eine besondere rote Klappe fiel bei deren Anruf herunter und dann wurde gerufen: „Es kommt etwas Gutes!“ Bei einer öffentlichen Einrichtung unter Verwaltung und unter Kontrolle einer Reichsbehörde sollte eine solche Bevorzugung nicht vorkommen. Die Telephonanlage, muß jedem gleichartig zugänglich sein, ein Unterschied darf nur nach der Zeit der Anmeldung gemacht werden; der Postverwaltung kann es ganz gleichgültig sein, ob Herr v. Auerwald oder sonst ein Mitglied des Millionenklubs oder der letzte Arbeiter von der Straße die Fernspreckleitung in Anspruch nimmt. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob eine besondere Behandlung der Klubmitglieder dahin verfügt ist, daß sie zuerst vor allen anderen bedient werden.

Eine ähnliche Einrichtung wird auch bei dem Briefverkehr gemeldet. Besondere Kreisläufer sollen dadurch zur Ruhe gebracht werden, daß man sie vorzugsweise bedient. Es wird behauptet, daß die Briefschaften einer westfälischen Firma, die auch eine besondere Reizung zum Rebellionen zeigte, mit Quittungsbüchern von Dienststellen zu Dienststelle gegeben wurden, um sofort die pünktliche Leistung des Dienstes nachweisen zu können. Man scheint also mit dem Grundsatze der Agrarier, dreimal zu schreiben, auch bei der Postverwaltung etwas erreichen zu können. Der Fall Auerwald ist ein drastischer Beweis, daß sich die Postverwaltung nicht von Einflüssen freizubehalten weiß, welche sich in gewissen Kreisen zum Schaben der Gesamtheit geltend machen. Ich bitte ferner um eine definitive Antwort auf meine Frage in der Budgetkommission, mit der ich auf das Plenum verdröset wurde, wegen der Beschäftigung von Kindern bei der Post im Postbezirk Frankfurt a. M. Ich fordere die Verwaltung dringend auf, in bezug auf die Sonntagsruhe und den Urlaub der Beamten und auf die Meinungsfreiheit der Beamten bessere Einrichtungen zu treffen.

Die Herren Chef der Reichs-Postverwaltung haben eine Virtuosität, hier alle Verhältnisse ihrer Verwaltung in das hellste Licht zu stellen, und wenn wir eine solche Erwidrerung gebührt haben, stehen wir manchmal unter dem Eindruck, als ob es nichts Besseres gäbe als die Reichspostverwaltung. Wenn wir hier den Staatssekretär mit seiner Entschiedenheit im Ton, die er noch so kräftig zu leisten in seine Hände ist, anhören oder hören müssen, wie der Herr Unterstaatssekretär alle Register des Sarkasmus und der Ironie gegen uns zieht, dann kommt es uns manchmal vor, als sei er in der That außerordentlich gut bestellt, und doch können alle diese Reden uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß namentlich die unteren Beamten in sozialer Beziehung und in bezug auf die Freiheit ihrer Meinung sich in unheilvollen Verhältnissen befinden. Die beste Regelung dieser Fragen wäre, daß solche Einrichtungen geschaffen werden, daß wir nicht mehr nöthig haben, Klagen zu erheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: In der Budgetkommission wurde zur Sprache gebracht, daß bei dem Postamt in Frankfurt a. M. Kinder beschäftigt werden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß 6 Knaben beschäftigt sind 1 1/2 Stunden während der Hauptzeit des Paketverkehrs mit dem Aufkleben der Nummern. Solche Aneinanderungen muß man nehmen, weil man Erwachsene für diese anshilfsweise Beschäftigung nicht findet. Unter 14 Jahren ist keiner dieser Jungen, aber einige davon sind noch schulpflichtig. Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder ist abgestellt worden. Bezüglich der Sonntagsruhe ist der Artikel der „Grenzboten“ erwähnt, der von einem Fachmann nicht herrühren kann, denn ein solcher würde bewußte Unwahrheiten gesagt haben, während es für einen Nichtfachmann nur Unrichtigkeiten sind. Die Arbeitszeit ist mehrfach grundräßig eingeschränkt worden auf das Maß der Gesundheit der Beamten zuträgliches Maß. Der vorliegende Etat verlangt über 5000 neue Beamtenstellen; das ist keine finanzielle Mißwirtschaft! Damit sind die Anzapfungen, als ob wir die Beamten aus finanziellen

Gründen nicht vermehren, ein für allemal abgethan. Bei den Justizschriften, welche den Abgeordneten zugehen, muß einige Vorzicht angewendet werden. Die Behauptung des Abg. Webel, daß in Eisenach keine Sonntagsruhe vorhanden ist, wird durch den Bericht, den ich den Herren zur Verfügung stelle, widerlegt. Ebenso steht es bezüglich der Landbriefträger. Früher hatten die 12 000 Landbriefträger 90 Kilometer täglich zu machen; jetzt haben wir 80 000 solcher Beamten, die nur 21 Kilometer täglich zu leisten haben. Bezüglich der Urlaubsgewährungen bringt der Vorredner Einzelheiten vor, die wir nicht gleich prüfen können, und zieht daraus die weitesten Folgerungen. Der erst vor drei Jahren eingeführte Erholungsurlaub ist in einem Maße zur Durchführung gelangt, daß ein wirklicher Fortschritt auf sozialem Gebiete zu verzeichnen ist. In Berlin sind 1896 von 4250 Unterbeamten 3797 = 89 pCt. beurlaubt worden. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre Ihnen noch erbaulichere Mittheilungen gemacht werden können. Da die Stellung der Verwaltung zum Postassistenten-Verband sich nicht geändert hat, brauche ich das Haus damit nicht zu beschäftigen. Als in modernen Arbeiterverhältnisse zu uns stehend können wir unsere Beamten nicht betrachten; das widerspricht den Rechten und Pflichten der Beamten. (Beifall rechts.) Wir haben niemals einem Beamten verboten, dem Postassistenten-Verband beizutreten (Widerspruch links), trotzdem uns der Verein die Aufrechterhaltung der Dienstpflicht wesentlich erschwert. Die Verfügung des Oberpostdirektors in Karlsruhe mit ihren herben Ausdrücken eigne ich mir nicht an; ich kenne den Herrn als einen unserer geübtesten Beamten. Aber es ist kein Wunder, wenn einmal den Beamten die Galle überläuft. Ein anonymes Brief zirkulirte zur Ermittlung des Dientes an einem besonderen Freitage; die Antworten sollten unter Chiffre „Sorvilitas“ eingesendet werden, um die Postspionage zu verhindern. Das mußte der Oberpostdirektor auf sich bestehen. Bei der Verehrung, die der betreffende Beamte genießt, da zweifle ich, daß daraus Erbitterung entstehen wird. Aus dem Falle Auerwald folgert der Vorredner, daß die Postverwaltung Unterschiede macht bezüglich der Fernspreckteilnehmer. Ich bin in der angenehmen Lage, Herrn Singer ganz und voll, wie man jetzt immer sagt, bestätigen zu können, daß die Fernspreckeinrichtungen vollständig gleichmäßig allen Theilnehmern zugänglich sind. (Unruhe links. Zuruf: Die rote Klappe.)

Abg. Vogens (Z.) hat sich davon überzeugt, daß die Sonntagsruhe seitens der Verwaltung nach Möglichkeit durchgeführt wird, daß manche Klagen der Beamten auf Irrthum beruhen; er sei deshalb etwas vorsichtiger geworden. Er empfiehlt die Annahme der Resolution bezüglich der Sonntagsruhe im Paketverkehr.

Abg. Werner (Reform-P.) bezweifelt, daß die Sonntagsruhe in dem Maße durchgeführt sei, wie der Staatssekretär im vorigen Jahre gesagt habe. Besonders scheinen ihm die Beamten der verschiedenen Konfessionen nicht gleichmäßig berücksichtigt zu werden. Daß 5000 Stellen neu geschaffen werden, muß anerkannt werden. Die Maßregelungen haben allerdings etwas nachgelassen, aber es giebt immer noch einige berechtigte Klagen. Beim Postamt in Nachen ist eine Verfügung erlassen worden, welche den Genuß von Lebensmitteln und Getränken auf bestimmte Zeiten beschränkt. Solche Vorschriften könnte man höchstens Kindern machen; für erwachsene Leute passen sie nicht. Nedner fordert eine Beschränkung der Thätigkeit der Vertrauensärzte. Ein solcher hat einem kranken Beamten ein Krankheitsattest nicht ausgestellt, weil der Vorlehrer des Postamtes erklärte, daß der Beamte sich nur vom Dienst drücken wolle. Erst nachdem ein anderer Arzt das Krankheitsattest ausgestellt hatte, bescheinigte der Post-Vertrauensarzt dasselbe. Das betreffende Postamt in Nachen wird als eine Korrektionsanstalt bezeichnet. In der „Berliner Zeitung“ beschäftigt man sich mit meinen Ausführungen im Reichstage in einer ungeschönen Weise; man stellt mich den Sozialdemokraten gleich. Da ist die sonderbare Sprache mancher Organe der Postverwaltung leicht erklärlich. Nedner schließt sich bezüglich des Briefpostos, der Telephongebühren und des Zeitungsstarifs den Ausführungen der übrigen Nedner an; er verlangt schließlich die Beseitigung der Gratifikationen unter entsprechender Ausbesserung der Gehälter. Als einmal ein Postbeamter zum Abendbrot einen Brathäring und zwei Brötchen verzeßte, da fragte ein Vorgesetzter, was das koste. Auf die Antwort „20 Pfennig“ bemerkte der Vorgesetzte: Ja, wenn Sie so leben, können Sie nicht auskommen. (Weiterkeit.)

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Wir können unmöglich unterrichtet sein über die Einzelheiten, die unter den Beamten mündlich erzählt werden. Der Vorredner hat solche Dinge vorgebracht. Aber es ist doch fraglich, ob es statthaft ist, daß der Vorredner sofort als Richter auftritt und die Beamten verurtheilt. Dagegen muß protestirt werden. Der Vorredner hätte seinen Zweck, die Aufmerksamkeit der Postverwaltung auf Uebelstände hinzuwenden, auch ohne jede Aburtheilung über die Sache selbst erreichen können. Der vom Vorredner im vorigen Jahre erwähnte Erlaß des Oberpostdirektors in Braunschweig, dessen Exiztenz ich angezweifelt, ist wirklich erlassen worden, und der betz. Oberpostdirektor ist nicht darüber in Zweifel gelassen worden, daß der Erlaß den Absichten des Reichspostamtes nicht entspricht.

Abg. Haunmayer (nat.) hält es für nicht zweckmäßig und des Reichstages nicht würdig, abwesende Personen anzusehen. (Zustimmung rechts.) Die Ket und Weife, wie der Staatssekretär die Forderungen, die allgemein gestellt werden auf Reform der Posteinrichtungen, zurückweist — das war der alte Stephan nicht, das war der Howland Hill nicht, den wir früher hier zu hören gewohnt waren! (Sehr richtig! links.) Herr v. Stephan fürchtet einen erheblichen Einnahme-Ausfall, ja, er meinte, daß dieses Streben nach Herabsetzung schließlich zur Aufhebung aller Gebühren führen würde. Herr v. Stephan, es giebt ernsthafte Männer, die annehmen, daß aus der Ermäßigung der Gebühren eine Reineinnahme erfolgt. (Sehr richtig! links.) Die Herabwindung der Telephongebühren im Jahre 1885 hatte eine Zunahme des Telephonverkehrs um mehr als 100 pCt. zur Folge. (Hört, hört! links.) Eine gewisse Neulichkeit hat diese Frage mit der Herabsetzung der Eisenbahntarife. Früher erschien es auch als ein wirtschaftliches Verbrechen, wenn man für Rohmaterialien der Eisenindustrie verlangte. Die Mitglieder des Oberbergamts in Dortmund wurden 1885 aufgefordert, aus einem Komitee auszutreten, welches solche schwindelhaften Forderungen stellte. (Weiterkeit.) Für Berlin liegt vielleicht ein Grund zur Ermäßigung der Telephongebühren von 150 Mark auf 100 Mark nicht vor. Nothwendig ist dies hauptsächlich für die Städte mit einer geringeren Zahl von Abonnenten. Eine Gleichmäßigkeit auf diesem Gebiete ist nicht angebracht. Die Weigerung, das Gewicht des gewöhnlichen Briefes herauszufehen, ist geradezu die Hinderung eines Kulturfortschritts. Denn die Verwendung stärkeren besseren Papiers ist meiner Meinung nach ein Fortschritt. Der Staatssekretär sollte in dieser Beziehung nicht dem österreichischen Staate, der sich in schlechterer Finanzlage befindet als das Reich, den Vortritt lassen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich bin dem Vorredner dankbar für die Worte, die er im Anfange seiner Rede (Weiterkeit) an mich gerichtet. Die Ermäßigung der Fernspreckgebühren vom Jahre 1885 kann man nicht zum Vergleich heranziehen, um jetzt eine weitere Ermäßigung zu verlangen. Damals handelte es sich um die erste Entwidlung, ich hatte die größten Schwierigkeiten, um die Sache einzuführen und die erforderlichen Kräfte heranzuziehen. Kein Mensch glaubte damals, daß die Sache sich so entwickeln würde, wie es jetzt der Fall ist. Die Gebühren sind jetzt schon auf einem niedrigen Niveau angelangt. Die Frage der Ermäßigung des Briefpostos ist sehr schwierig, und ich würde mich sehr freuen, wenn sie gelöst werden könnte. Auch der Bundesrath, nicht bloß der General-Postmeister, hat das allergrößte Interesse an einer weiteren Förderung des Verkehrs nach jeder Richtung. Aber beherzigen Sie doch gefälligst das eine. Der Verkehr ist ja eine gewaltige Macht in der Welt; aber es giebt doch auch andere Menschen; die Industrie, die Landwirtschaft und vor allem die Finanzen, diese Grundpfeiler des Staatswohls, dürfen doch nicht erschüttert werden durch übereilte Maßregeln. Die geforderte Ermäßigung der Fernspreckgebühren würde

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung von Donnerstag, 28. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung des Schulgeldes der auswärtigen Schüler der Realschulen von 80 auf 120 M. ist von dem niedergesetzten Ausschuss mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden.

Stadtschulrath Bertram: Jetzt ist die Zahl der auswärtigen Schüler so groß wie nie, sie beträgt 841, mehr als eine ganze Schule.

Stadtv. Jyllics bittet ebenfalls, dem Ausschussantrage nicht zu folgen. Charlottenburg und Potsdam erhöhen auch von Auswärtigen ein höheres Schulgeld.

Stadtv. Hugo Sachs: Der Nachweis, daß drei Fünftel der Realschüler aus den Berliner Gemeindefschulen hervorgegangen sind, spricht gerade gegen das Verlangen des Magistrats.

Stadtv. Cassel ist ebenfalls gegen die Vorlage, schon weil der finanzielle Effekt so minimal sei. Von keiner Seite sei der Nachweis versucht, daß durch die Abklopfung der Auswärtigen auch nur eine Klasse oder ein Lehrer gespart werde.

Stadtv. Vogtherr: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Schöne Resoranzboden dieses Haus für Angriffe auf die Berliner Verwaltung ist! Einer der vier Unterzeichner der Petition und ihres letzten Satzes habe dreimal wegen Krankheit keine Pläten weiter bezogen und noch 160 M. Unterstüfung dazu!

Stadtv. Cassel spricht gegen jede Abänderung und fügt den Ausführungen des Oberbürgermeisters die Andeutung hinzu, daß bereits eine Forderung der Disziplin sich innerhalb der Bureauhilfsarbeiterschaft bemerkbar gemacht habe.

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Mit der bereits im laufenden Semester bei der städtischen höheren Weberschule erfolgten Einführung des Unterrichts in der Stickerei mittels Kurbelmaschinen erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die aus Veranlassung der ministeriellen Fortbildungskurse für Gemeindeführer entstehenden Vertretungskosten von ca. 800 M. sollen auf die Staatsposition für Vertretungen angewiesen werden.

Die Ausstellungshalle des Vereins für Feuerbestattung zu Berlin soll bis auf weiteres im Treptower Park belassen werden. Der Verein soll aber das Gebäude auf allen Seiten mit ausgebildeten Fassaden versehen und die Baulichkeiten nach längstens zwei Jahren beseitigen, auch die früheren Parkanlagen an dieser Stelle auf eigene Kosten wiederherstellen.

Am 12. März 1896 hat die Versammlung gelegentlich der Etatberatung den Magistrat in einer Resolution ersucht, zu der Bewilligung von laufenden jährlichen Unterstüfungen an die nicht pensionsfähig angestellten Beamten und Arbeiter der städtischen Werke und deren Hinterbliebenen die Genehmigung der Versammlung einzuholen.

1. es bei der Bewilligung solcher Unterstüfungen bei dem bisherigen Modus verbleibe, und 2. dem Magistrat die Bewilligung der ausser Stadt-Hauptkasse zu zahlenden laufenden Unterstüfungen überlassen werden soll.

Stadtv. Meyer widerspricht dem Magistratsantrage und bittet, den früheren Beschluß aufrecht zu erhalten. Der Magistrat wolle seine Nachbegründungen noch vergrößern.

Oberbürgermeister Jelle bekräftigt letzteres. Beim Etat spreche die Versammlung doch stets das letzte Wort. Es handle sich in der Hauptsache um Beschleunigung und Vereinfachung der Erledigung der zahlreichen Gesuche um Unterstüfungen, die vielfach nur ganz winzige Beträge betreffen.

Die Stadtv. Jacobi, Dinse und Schwalbe schließen sich dem Antrage auf Ablehnung der Vorlage an. Die Versammlung beschließt demgemäß. Schluß 8 1/2 Uhr.

Nach einer von dem Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, Dr. Freund, angefertigten vorläufigen Zusammenstellung über den Geschäftsbetrieb des Vereins im Jahre 1896 hat die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweis-Bureaus gegen das Vorjahr einen erheblichen Aufschwung genommen. Von insgesamt 27 645 Personen, welche sich in die Listen des Arbeitsnachweises als arbeitslos haben einschreiben lassen, sind 20 692 in Arbeit gebracht worden.

Die Verstellung des Fußgängerweges in der Verlängerung der Oberwasserstraße zwischen Gertraudenbrücke und Ballstraße, längs des Spreerades dürfte nunmehr gesichert sein, da sowohl das königl. Polizeipräsidium als auch die königl. Ministerial-Baukommission die grundsätzliche Zustimmung zu dem neuen Verkehrswege erteilt haben.

Kokales.

Zu unserer Warnung an die Parteigenossen, die Versammlung des Herrn Raumann zu besuchen, macht die „Zeit“ folgende höhnische Bemerkung:

Wir haben die Berliner Sozialdemokraten seither immer für mutiger gehalten, als sie hiernach zu sein scheinen. Auch auf die Niedrigwandtheit der Herrn wirft die Notiz kein sehr günstiges Licht.

Die Herren haben unsere Parteigenossen schon richtig eingeschätzt, an Rath gebracht es ihnen nicht. Aber man hat zu erwägen, ob man ihn hier nicht für eine zwei- und nullohe Sache einsetzt, und das scheint uns der Fall. Wenn wir auch nicht glauben, daß Herr Raumann, ähnlich wie es einst sein Antibruder Schall gethan, in einer auch von unseren Parteigenossen stark besuchten Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser beginnen wird, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß eine solche für unsere Parteifreunde höchst peinliche Situation geschaffen werden kann, deren strafrechtliche Folge für den einzelnen sehr unangenehm werden kann, für die Partei kaum ein Opfer wäre.

„Damit unser Blatt an Abonnenten gewinne“. Als ein Sensationsblatt von sehr anrüchlichem Kaliber ist der „Vreslauer General-Anzeiger“ im Ledert-Löhov-Zausch-Prozess verschiedentlich gebrandmarkt worden. Es dürfte namentlich noch der am ersten Tage der Verhandlung, am 2. Dezember v. J., erwähnte Brief des v. Werke, Herausgebers des „General-Anzeiger“, in Erinnerung sein, indem dieser Herr den Angeklagten Ledert ein wichtige Nachrichten bat, damit vor Quartals-schluss sein Blatt viel zitiert werde und dadurch an Abonnenten gewinne.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, kann der neueste Skandalartikel des Blattes, der sich der Veränderung halber wieder einmal mit der Sozialdemokratie befaßt, nicht besonders auffallen. Unter der Ueberschrift „Zur Palastrevolution im „Vorwärts““ ledert sich das Blättchen in seiner Nummer vom 28. Januar wieder einmal folgende „Berliner Korrespondenz“ aus den Fingern:

Der alte Diebnecht geht wieder einmal auf die Agitationstour nach Holland, wo er sich mit den von der „alleinseigmachenden“ Sozialdemokratie abtrünnigen Anarchisten Domela Nieuwenhuis und Genossen herumzankt. Ob er Erfolge erringen wird, möge dahingestellt bleiben und ist im Grunde auch höchst gleichgültig. Das interessanteste an der Sache ist nur, daß Genosse Kuer ihr als Chefredakteur im „Vorwärts“ vertreten wird. Was wir bereits

im Oktober vorigen Jahres berichteten, wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Thatsache ist, daß Kuer bereits seit 1. Januar d. J. als Chefredakteur des „Vorwärts“ thätig ist, Diebnecht aber nur mehr den Namen und Gehalt dieser Würde hat. Vor einem Hinabwurf des greisen Führers coram publico hat man sich im sozialdemokratischen Parteilager doch gesücht, denn Diebnecht besitz unter den Kreisen der Genossen zu viel Popularität. So wird Diebnecht vielleicht noch ein oder zwei Jahre den Chefredakteur-Gehalt von 7200 M. beziehen, um dann für seine Verdienste um die Sozialdemokratie auf Parteikosten pensionirt zu werden. Wir erinnern daran, daß Kuer die seinerzeit viel besprochenen Artikel gegen Dr. Quard verfaßt und so den direkten Anstoß zu der Palast-Revolution im „Vorwärts“ gegeben hat. Die „Dynamite Braun“ hat also ihr Ziel zum Theile wenigstens erreicht; fester denn je sitzt sie im Parteilager und thut sich an der Krippe der Partei gütlich. Dr. Wolf Braun ist die rechte Hand Kuer's und vorläufig dessen Stellvertreter. Den geschäftlichen Theil des „Vorwärts“ leitet jetzt Bamberger, Singer's guter Freund und Kampfgenosse gegen Diebnecht. Es erscheinen also unsere Mittheilungen im September v. J., daß bei der Palast-Revolution im „Vorwärts“ Singer und Bamberger die Hintermann bilden, wiederum bestätigt. Diese Veränderungen gingen in aller Stille vor sich, niemand sollte davon erfahren, daß etwas im Staate Sozialdemokratie faul ist. Solche Angelegenheiten pflegen die Genossen, so sehr sie auch für die Öffentlichkeit schwärmen, unter sich, hinter geschlossenen Thüren mit einander abzumachen. Aber bekanntlich pflegen auch die Hände Ohren zu haben.

Wir würden dieses Produkt, das wieder einmal beweist, daß die Luft noch lange nicht von den Löhov-Ledert-Brüdern gereinigt ist, gar nicht erwähnt haben, wenn nicht anzunehmen wäre, daß die arbeitserfindliche Presse trotz der schlummen Kennzeichnung, den der „General-Anzeiger“ in dem bekannten Spiegelprozess erlitten hat, auch über den neuesten Klatsch heischig herfallen werde. Daß auch dieses auf Abonnentenfang bezugnete Sensationsprodukt vollständig erstunken und erlogen ist, und etwa auf gleicher Stufe steht, mit dem Ledert-Prozess an den Pranger gestellten Sensationsnachrichten, brauchen wir wohl nicht erst auseinander zu setzen. Solche Erbärmlichkeiten lehnen aber aus neue, was für Angehörige unter der bürgerlichen Presse haust. Die Stumm'sche „Post“ hat selbstverständlich den Artikel abgedruckt.

Von der vorgestrigen Illumination zeigen sich die Ordnungsbücher nicht in sehr hohem Grade befriedigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ befaßt sich mit der Froskel, daß die Illumination zwar nicht allgemein war, aber doch in den reich beleuchteten Hauptstraßen ein glänzendes Bild geboten habe; unabhängigere Blätter brüden sich klarer über die verminderte Leuchtkraft des bürgerlichen Patriotismus aus. Nach unserer eigenen Beobachtung bot der Abend des 27. Januar im Vergleich mit früheren Jahren einen sehr bescheidenen Anblick. Die Leipzigerstraße, die sich sonst immer riefher vorhert, sah vorgestern in ihrer östlichen Hälfte bis zur Charlottenstraße nicht anders aus, als an gewöhnlichen Abenden, und weiterhin hatten einige größere Geschäfte auch nur die von früher her bekannte Freibleuchtung auf dem Schußfeld geholt. Mannigfacher war die Illumination der großen Restaurationshotels Unter den Linden, wo die Edelsten und Besten ihre Schmäuse abhalten. Im eigentlichen Konfessionsviertel hatten manche Geschäftsinhaber ihr Spesenkonto anscheinend höher als sonst belastet; und wie wir vernehmen, soll in dieser Gesellschaft der Jubel so allgemein gewesen sein, daß mehr als ein Großkonfessionär um Mitternacht gerührt seinem Prokuristen an die Brust und feierlich sein festesten Schwur that, auch bei ferneren Gelegenheiten die Ordnung vor den ausgemergelten Arbeitern und Arbeiterinnen durch die währten Mittel des Treubrühens und anderer Perfidien zu schützen. Auf den Straßen walteten natürlich die Schulleute pflichtgetreu ihres Amtes und stürzten hier und da einen Halbstarken, der gar zu mißmuthig seiner Enttäuschung über das verminderte Schauspielgepränge Luft gemacht hatte.

Eine patriotische Kundgebung. Zu recht rohen Ausschreitungen kam es, wie berichtet wird, vorgestern Abend gelegentlich der Illumination Unter den Linden. Am Café Bauer hatten zu beiden Seiten des Mittelweges etwa zwei- bis dreihundert halbwüchsige Luschen und Rowdies Posto gefaßt. Sobald nun eine Equipage oder Droschke erster Klasse vorüberfuhr, überhäuften die Burschen die darin sitzenden Passagiere mit unflätigen Redensarten. Später, etwa gegen 9 1/2 Uhr, stieg die Ausgelassenheit des Böbels derartig, daß er gegen die Fuhrwerke, namentlich aber gegen die offenen Droschken erster Klasse ein förmliches Bombardement mit Schneebällen eröffnete. Es passirte, daß eine junge Dame, von einem riesigen Klumpen Schnee ins Auge getroffen, laut aufschrie. Die Kleider der auf so brutale Weise Zugetrichteten waren über und über mit Schnee bedeckt. Die daselbst postirten Schulleute vermochten dem wilden Treiben nicht energisch genug entgegenzutreten, und so kam es, daß nicht ein einziger der Burschen verhaftet werden konnte. — Wie kommt es, daß von Arbeiterseelen nie derartige Nothheiten zu berichten sind?

Sehr feierlich hat ein Arzt Dr. S. den 27. Januar begangen. Als ein Kassamitglied zu Beginn der Nachmittags-Sprechstunde die Wohnung des Mediziners betrat, um sich gesund zu melden, erhielt es den Bescheid, daß diesmal zur Feier des Tages keine Sprechstunde stattfinde; aus gleichem Grunde wurden zwei Frauen abgewiesen, die den Arzt zu ihren kranken Männern herbeizufen wollten.

Musterpatrioten. Die Untersuchungssache gegen den Buchhändler Finkling, der durch Reisende Erbauungsschriften u. dgl. mit dem aufgedruckten Vermerk: „Ein Theil des Reinertrages ist für Arme und Nothleidende bestimmt“, vertrieben, vom Reinertrage aber nichts abgeführt haben soll, dürfte auch noch andere Verleger in ihre Kreise ziehen. Finkling, dessen Vertbeidigung Rechtsanwalt Bunge übernommen hat, hatte bis zum vorigen Jahre hauptsächlich den Generalvertrieb von patriotischen u. dgl. Werken, die bei anderen Verlegern erschienen waren. So verkaufte er in den Jahren 1890 bis 1896 „Germania's Ruhm und Ehr.“ und „Unser Vaterland in Waffen“ aus dem Verlage von Paul Kittel aus der Yorlstr. 13. Kittel hatte den Bestimmungssatz dieser Lieferungswerke mit dem in die Augen springenden Vermerk versehen lassen: „Der Reinertrag dieser Sonderausgabe ist zur Pflege verwundeter oder erkrankter Krieger in Deutschland bestimmt.“ Unter dieser patriotischen Flagge ließ er Finkling für sich arbeiten. Die Erfolge, die dieser für ihn erzielte, sind staunen-erregend. Finkling setzte für Kittel allein im Jahre 1896 nicht weniger als 242 870 Hefte von „Germania's Ruhm und Ehr.“, das Stück zu 50 Pf. ab; im folgenden Jahre waren es 128 000 Stück. Die anderen Jahre sollen mindestens ebenso hohe Betriebszahlen aufweisen. Auch gegen Kittel schwebt schon seit mehreren Jahren ein Ermittlungsverfahren, wie es gegen Finkling seit mehreren Jahren anhängig war, und zwar wegen Betruges. Die Staatsanwaltschaft soll in der letzten Zeit aber auch noch verschiedenen anderen Verlags-geschäften, die mit ähnlichen Reinertrags-Versicherungen arbeiten und arbeiten lassen, ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, um mit diesem Schwindel einmal gründlich aufzuräumen.

Zu Konfessionskreisen wird, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, jetzt lebhaft das für agitiert, daß die im Berliner Westendkollegium durch das Ableben des Fabrikbesizers W. Hageberg freigewordene Stelle mit einem Vertreter der Damenmäntel-Branche besetzt würde. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Konfessions-geschäft, als einem der bedeutendsten des hiesigen Plazes, eine solche Vertretung von Rechts wegen gebühre und deren Mangel während des letzten Streiks von den Arbeitgebern der Branche schwer

empfinden worden sei. Gegen den an stelle Hugelberg's in Aussicht genommenen Kandidaten für das Kellereienkollegium, gleichfalls einen Vertreter der Papierindustrie, soll ein Gegenkandidat aufgestellt werden, der nach der Hoffnung der Unternehmer zum mindesten dasselbe Maß von Arbeiterfeindschaft bekunden wird, wie der verstorbene Lugschpapierfabrikant.

Verschiedene ausländische Ordensverleihungen werden in der gestrigen Nummer des Reichs-Anzeigers bekannt gegeben. Eine erschütternde Wirkung dürfte die Neuigkeit ausüben, daß der Großherzoglich-türkische Medschidje-Orden dritter Klasse dem Chefredakteur und Eigentümer des in Berlin erscheinenden „Kleinen Journal's“, früheren Rechtsanwalt Dr. Leo Leipziger zu Berlin verliehen worden ist. Der Orden dient namentlich als Auszeichnung für Beweise persönlichen Muthes (auch in Duellangelegenheiten). Ein anderer hiesiger Chefredakteur und Zeitungseigentümer, Herr Dr. Hugo Ruffad vom hiesigen „Freudensblatt“ hat einen westenburgischen Orden erhalten. Worin die Verdienste dieses Herrn um das Land mit dem Wappenstein im Wappen bestehen, ist uns unbekannt. Einen merkwürdigen Orden hat der Polizeipräsident v. Windheim bekommen, nämlich den der zweiten Stufe der zweiten Klasse des kaiserlich-chinesischen Ordens vom doppelten Drachen. An hiesige Polizeibeamte ist auch eine beträchtliche Anzahl bulgarischer Orden vertheilt worden. Der berühmte Ferdinand hat u. a. den Polizeipräsidenten, den durch das Höllenmaschinen-Attentat bekannt gewordenen Obersten Krause und den Polizeihauptmann Feist decorirt.

Streikbrecher für Hamburg wird der Restaurateur und Schiffsmakler Carl Dröschler, Berlin NW., Schiffbauerdamm 88 an, was wir der Arbeiterschaft hiermit zur Warnung mittheilen.

Eine Versammlung von Gänsemästern beriet diese Tage über die Schritte, welche gegen die vom Bunde der Landwirthe von der Regierung erbetenen Maßnahmen, betreffend die Einfuhr russischer Gänse zu unternehmen seien. Durch eingehende Verläge wurde nachgewiesen, daß das Verbot der Einfuhr russischer Gänse hygienisch völlig bedeutungslos sei, da die „Geflügelcholera“ bei etwaigem Eingehen dieser Thiere keine Rolle spiele; und ferner wurde allgemein die Ansicht bekundet, daß das Einfuhrverbot zwar die Waare erheblich theurer, dem Landmann aber kaum nützen werde. Eine Kommission wurde damit betraut, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen gegen das Vordringen der Agrarier zu ergreifen. Bemerkenswert ist noch, daß nach Deutschland jährlich etwa 5 Millionen Gänse eingeführt werden, nach Berlin kommt etwa 1 Million.

Ein Eisenbahntarifsuriosum, das sehr wenig bekannt zu sein scheint, besteht auf der Stettiner Eisenbahn. Vom Gesundbrunnen nach dem Stettiner Bahnhof kostet eine Fahrkarte für die vierte Klasse in den Fernzügen 5 Pf., umgekehrt aber 10 Pf. Die Vorzüge führen keine Wagen vierter Klasse und darum ist es erlaubt, diese Züge mit Fahrkarten vierter Klasse für Fernzüge zu benutzen, so daß man für fünf Pfennig vom Gesundbrunnen in dritter Klasse nach dem Stettiner Bahnhof in der Invalidenstrasse fahren kann, was weder mit der Pferdebahn, noch mit einem Omnibus möglich ist.

Während durch den Schneefall in Berlin mancher Arbeiter sich einen wenn auch nur lärglichen Verdienst verschafft hat, sind durch die gleiche Ursache in der nächsten Umgebung der Stadt fast ebenso viele Leute entlassen worden. Sämmtliche Eiswerke haben ihre Thätigkeit mit der Eiserte einstellen müssen, weil infolge des hohen Schneefalles das Schmelzen des Eises nur unter erschwerten Umständen ermöglicht ist. So haben die Norddeutschen Eiswerke allein am gestrigen Tage 300 Arbeiter entlassen.

Große Arbeitslosigkeit herrscht, wie berichtet wird, zur Zeit unter den Kellnerinnen. Viele Kneipen mit Damenbedienung sind infolge der Unkunst der Zeit in den letzten Monaten eingegangen, andere, namentlich solche, die mit Singpielhallen verbunden sind, haben, insbesondere aus Rücksicht auf die strenge Handhabung der Polizeistände in Damenkneipen, Kellner angestellt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Donnerstag Vormittag an der Wall- und Hofstraßen-Ecke. Ein junges Mädchen veruchte beim Ueberschreiten des Fahrdammes an einem schwer beladenen Kollwagen noch vorbeizukommen, stürzte aber plötzlich vor den Pferden und wurde nun von dem schweren Wagen über beide Beine gefahren, so daß diese vollständig zermalmt wurden. Die Verunglückte, die ohnmächtig geworden war, wurde schleunigst nach einem Krankenhaus gebracht.

Ein großer Dachstuhlbrand wüthete am Mittwoch Abend gegen 10^{1/2} Uhr auf dem Grundstück Nr. 87, Jakobstr. 87. Das Feuer, über dessen Entstehen näheres bisher nicht zu ermitteln war, schlug beim Eintreffen der ersten Feuerwehrgänge bereits in hellen Flammen aus dem Dache hervor, so daß man mit fünf Dampfströmen vorgehen mußte.

Angeschwemmt und gelandet wurde vor dem Hause Schiffbauerdamm 5 eine unbekannt weibliche Leiche.

Selbstmorde. Am Mittwoch Nachmittag wurde im Gasthose von Kamin, Spandauerstr. 81, der am Tage vorher dort angekommen, etwa 30 Jahre alte Kaufmann Gustav P., angeblich aus Hannover, erschossen vorgefunden. Die Veranlassung zum Selbstmorde konnte nicht ermittelt werden. — Mittags wurde im Fremdenlogis von Kaplic, Invalidenstrasse, der 52 Jahre alte Kaufmann Martin B. und abends der 58 jährige Kassendirektor August K. in seiner Wohnung, Welle-Alliance-Platz 7, erhängt vorgefunden. In beiden Fällen liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. K. war früher bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angestellt, war aber, da er einen Tausendmarktschein verloren hatte, am 1. Januar entlassen worden und hatte bis jetzt keine neue Stellung gefunden.

Eine schwere Verbrennung hat sich Mittwoch Abend das einjährige Söhnchen Arthur der Maurer Schwarzen Eheleute aus der Brunnenstr. 37 zugezogen. Der Kleine befand sich um 8 Uhr abends mit seiner Mutter in der Küche. Als die Mutter sich einen Augenblick von ihm weggewandt hatte, kletterte er auf die Kochmaschine, auf der ein Theelöffel mit siedendem Wasser auf dem Feuer stand. Um hierauf zu trinken, setzte er die Lüle an den Mund und goß sich nun das heiße Wasser hinein. Dabei verbrannte sich der Kleine die oberen Luftwege so schwer, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Verhauwunden ist seit dem 22. d. M. das 17jährige Dienstmädchen Martha Kupe aus Frankfurt a. O., das bei dem Kupferstecher Weder in der Adalbertstraße 53 in Stellung war. Das Mädchen ging nachmittags um 4^{1/2} Uhr weg und wollte sich angeblich nach Friedrichsberg begeben, um sich das Dienstbuch abstempeln zu lassen. Von diesem Ausgange ist es nicht zurückgekehrt.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß die Vereinsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Dienstag, den 2. Februar ausfällt, und zwar wegen der öffentlichen Agitationsversammlung, welche am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Steglitz im „Gambrius“, Hornstr. 15a, stattfindet. In dieser Versammlung spricht Genosse Wagner über Presse und Sozialdemokratie. Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

An die Parteigenossen von Rixdorf! Am Sonntag, den 31. Januar, vormittags 11^{1/2} Uhr, findet in den Victoria-Sälen in Rixdorf eine Matinee statt, welche vom Gefangenen-Gesangsverein unter Mitwirkung mehrerer Gesangs-, Theater- und Musikvereine veranstaltet ist. Der Gesamtüberschuss ist für die ausständigen Hosenarbeiter in Hamburg bestimmt. Die Parteigenossen werden ersucht, nach Kräfte Eintrittskarten zu kaufen, welche zum Preise von 20 Pf. zu haben sind. Der Vertrauensmann.

Innerhalb einer Woche sind in das Untersuchungsgefängniß des Landgerichts II in Roabit nicht weniger als drei Personen aus Rixdorf eingeliefert worden, welche sich Sittlichkeitsverbrechen haben zu schulden kommen lassen.

Die neue Hauspolizei-Verordnung über die landhausmäßige Bebauung der Vororte unterliegt, wie wir erfahren, gegenwärtig abermals der Prüfung des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam, welcher sich bekanntlich vor einiger Zeit gegen jede Einschränkung der für landhausmäßige Bebauung vorbehaltenen Gemeindegebiete ausgesprochen hatte, jetzt aber auf die erneuten Petitionen, namentlich von Friedenau und Steglitz, sowie auf die Stellungnahme des Abgeordnetenhauses und auch der Regierung zu Gunsten dieser Gemeinden hin sich zu der Frage ebenfalls „günstiger“ stellt. In erster Reihe dürften die Bestimmungen über die landhausmäßige Bebauung für Friedenau abgeändert werden, wo am Dienstag mehrere Vertreter des Bezirks-Ausschusses eine umfassende Ortsbesichtigung vornahmen. Genaueres über den jetzigen Standpunkt des Bezirks-Ausschusses läßt sich aber noch nicht mittheilen. Werden da die Grundstücks-wucherer sich freuen!

Auf den Havelsee unterhalb Spandau hat das Eis in den letzten Tagen eine solche Stärke erreicht, daß Kutschwerke mit zwei Pferden darüber fahren können.

Der Randmörder Friedrich Körbe hat vor dem Untersuchungsrichter in Spandau ein umfassendes Geständniß abgelegt. Danach hat er die Absicht gehabt, den Herbergswirth Kern zu ermorden und sich dann der Geschäftsstelle zu bemächtigen. Körbe macht einen äußerst beschränkten Eindruck, schielte aber trotzdem ein ganz verschlagener Bursche zu sein, denn er hat vor einiger Zeit in Spandau mehrfache wohlgeleitene Schwindelen verübt. Der überfallene Herbergswirth liegt schwer krank darnieder und dürfte kaum wieder völlig hergestellt werden; Lebensgefahr ist indes nicht vorhanden.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen in Verbindung mit Raub ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag Abend in Spandau verübt worden. Ein 15jähriges Mädchen, das in Berlin dient, hatte seine auf dem Charlottenburger Drieselant Karolinschöhe beschäftigten Eltern besucht und wollte sich abends, um nach Berlin zurückzukehren, zum Bahnhof begeben. Auf der Potsdamer Chaussee, unweit der Trautstrasse, wurde es von einem Soldaten-uniform tragenden jungen Menschen überfallen, vergewaltigt und des Portemonnaies mit mehreren Mark Inhalt beraubt. Der Unmensch bedrohte sie mit einem Messer, wenn es schreien würde. Die Polizei sucht den Thäter unter den Soldaten.

Kunst und Wissenschaft.

Schubert-Feier. Wir wollen nicht versäumen, hierdurch noch einmal auf das am morgigen Sonnabend im Böhmischen Brauhause von der Arbeiter-Bildungsschule veranstaltete Konzert hinzuweisen, das in anbeacht des am 31. Januar wiederkehrenden 100. Geburtstages des echt volkstümlichen Komponisten Franz Schubert zu einer Gedenkfeier für diesen Mann gestaltet wird. Die von namhaften und hervorragenden Künstlern angeführten Vorträge, — Kammermusik, Klavier- und Gesang, — sind ausschließlich Schubert'sche Kompositionen. Den einleitenden Vortrag über den Komponisten und seine Bedeutung für das Volk wird, wie bereits mitgeteilt, Herr Dr. C. Krebs halten, als Pianist wird Herr Anton Förster, als Violinist Herr Paul Müller, als Cellist Herr Hugo Decker mitwirken. Fräulein Martha Pirne hat die Gesangsvorträge übernommen. Ein zahlreicher Besuch wird hoffentlich den reichen Aufwendungen entsprechen. Billets sind, wie man uns mittheilt, noch in sämtlichen Zahlstellen und von 5—8 Uhr in der Beschaale, Brunnenstr. 25, zu haben.

Ein „Franz Schubert-Abend“ veranstaltet das Schiller-Theater im Bürgerhause des Rathhauses zur Feier von Schubert's hundertjährigem Geburtstag.

Die Neue Freie Volksbühne veranstaltet nächsten Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im Zentral-Theater eine zweite (genusslose) Aufführung von Dreyer's „Winterschlaf“. Neue Mitglieder werden noch aufgenommen.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet heute die erste Darstellung des Schauspiels „Genußthung“ von Maufen statt. Um die Aufführungen des Volksstückes „Der Lohvogel“ nicht zu unterbrechen, beginnt die heutige Vorstellung andernswohine um 1^{1/2} Uhr mit „Genußthung“, worauf um 8^{1/2} Uhr „Der Lohvogel“ in Szene geht.

Im Alexanderplatz-Theater wird morgen zum ersten Male „Eine pflanzte Ege“, Pöffe von Prudens, gegeben.

Gerichts-Beilage.

Eine Schlägerei zwischen Unteroffizieren und Jübilisten vor der Alexander-Kaserne war die Veranlassung, daß sich der Richter Wiegell und der Arbeiter Hannemann infolge des vom Regimentskommandeur Oberst von Mollke gestellten Strafverfahrens thätlicher Beleidigung vor der 140. Abtheilung des Amtsgerichts I eine Anklage zugegen. Am 1. Dezember vorigen Jahres rief kurz vor Zapfenstreich in der Kleinen Alexanderstraße der Unteroffizier Joachim Schütt der 4. Kompanie Kaiser Alexander Garde-Regiments seinem Kameraden Julius Korpis zu, um ihn zu veranlassen, sich schneller nach der Kaserne zu begeben. Der vorübergehende Angestellte Hannemann habe den Jura des Unteroffiziers Schütt und bezog denselben auf seine Person, indem er annahm, daß ihm ein Schimpfwort nachgerufen sei. Anstatt dieses Mißverständnisses auf sich beruhen zu lassen, wurde durch das Dagwischen-treten des nachziehenden Unteroffiziers Korpis ein Straßen-standal herbeigeführt. Nun verlangte der in der Nähe stehende Rutscher Wiegell die Feststellung der Unteroffiziere, um deren Namen und Kompanie zu erfahren, und berührte den Unteroffizier Korpis an der Schulter. Letzterer sah diese Bewegung für einen Angriff an und wehrte den Wiegell durch einen Schlag ins Gesicht von sich ab. Hiermit war der Unteroffizier noch nicht zufrieden und rief einen vorbeigehenden Detonationshandwerker heran, von dem er sich das Seitengewehr geben ließ. Mit der blanken Waffe erhielt Wiegell 3 wuchtige Hiebe über den Kopf, so daß er blutüberströmt weichen mußte. In seiner Vertheidigung griff sehr Wiegell nach seiner Schnapsflasche und schlug damit auf den Unteroffizier Korpis derart ein, daß letzterer die Flucht ergriff. Hannemann eilte nach und holte den Unteroffizier kurz vor dem Kasernenportal ein. Beide stürzten hin, die hinzukommende Kasernenpatrouille verhaftete die beiden Angeklagten und brachte sie mit auf-gepflanztem Seitengewehr nach der Kasernenwache. Da die Unteroffiziere in der Hauptverhandlung behaupteten, daß sie zuerst angegriffen worden seien und überhaupt kein Schimpfwort ausgesprochen hätten, so beantragte der Staatsanwalt wegen gefährlicher Körperverletzung und thätlicher Beleidigung gegen Wiegell eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten unter Verlegung mitbeder Umständen, gegen Hannemann wegen thätlicher Beleidigung 30 M. Geldstrafe und Publikationsbefugniß. Wiegell bestritt die Angaben der Unteroffiziere und hatte deshalb verzichtet, gegen dieselben einen Strafantrag zu stellen, weil der Polizei-Wachmeister ihm gerathen hatte, davon Abstand zu nehmen, da durch eine Untersuchung die Karriere der Unteroffiziere gefährdet werden könne. Der Gerichtshof nahm als erwiesen an, daß sich Wiegell in der Abwehr eines unberechtigten Angriffes befunden habe, und in anbeacht dessen, daß der Unteroffizier sogar mit dem Seitengewehr einschlug, nur eine Nothwehr vorlag. Nur darin, daß Wiegell dem Unteroffizier zu nahe kam und an der Schulter berührte, um den Nummernkopf der Kompanie zu sehen, konnte eine thätliche Beleidigung gefunden werden, die mit 3 M. Geldstrafe hinreichend gesühnt erachtet wurde. In dem Verbalten des Hannemann, der mit dem Unteroffizier zu Boden fiel, konnte nicht

Strafbares gefunden werden, weshalb die Freisprechung erfolgte.

Zur Anfrage des verurtheilten Journalisten Heinrich Dederl hat Rechtsanwält Dr. Coßmann nunmehr der III. Strafkammer angezeigt, daß die Prüfung der Gründe des Urtheils vom 7. Dezember v. J. zu dem Ergebnisse geführt habe, daß das Urtheil in bezug auf diesen Angeklagten mit dem Rechtsmittel der Revision nicht anfechtbar erscheint. Die Begründung des von dem früheren Vertheidiger eingelegten Rechtsmittels ist deshalb unterblieben und letzteres zurückgezogen worden. Es soll versucht werden, im Gnadenwege eine Herabminderung der Strafe zu erzielen.

Nochmals die Tellerammlung als genehmigungspflichtige öffentliche Kollekte. Unser Parteigenosse Lindemann in Rixdorf wurde als Einberufer einer öffentlichen Volksversammlung dafür verantwortlich gemacht, daß dort eine Tellerammlung ohne behördliche Genehmigung vorgenommen wurde. Er sollte eine öffentliche Kollekte im Sinne der vielgenannten Instruktion für Oberpräsidenten von 1825 veranstaltet und sich gegen die Regierung's-Polizeiverordnung vom 7. Januar 1891 verstanden haben. Das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb zu 10 M., die Strafkammer dagegen sprach ihn auf seine Berufung hin frei. Die genannte Polizeiverordnung erklärte das Berufungsgericht für ungültig, weil sie die Genehmigung öffentlicher Kollekten der Ortsbehörde und nicht den Oberpräsidenten zuschreibe. Eine Verordnung vom 8. August 1892 die dieselbe Materie betrifft, erkannte das Gericht wohl als gültig an, hielt sie aber nicht für anwendbar auf die Tellerammlung. Ferner nahm die Strafkammer an, es wäre noch nicht auf ein Verbot aller nichtgenehmigten öffentlichen Kollekten daraus zu schließen, daß die Instruktion vom 31. Dezember 1825 die Genehmigung zur Ausschreibung von öffentlichen Kollekten — kirchliche ausgenommen — in den einzelnen Regierungsbezirken oder den Provinzen den Oberpräsidenten übertrage. Ein derartiges allgemeines Verbot wäre ausdrücklich ausgesprochen worden, sofern man es beabsichtigte, und dann wohl auch an einem anderen Orte. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und plädierte für die Verurteilung Lindemann's bezw. für die Zurückweisung in die vorige Instanz zur anderweiten Entscheidung. In der mündlichen Verhandlung am 28. Januar vertrat Rechtsanwält Wollgang Heine den Angeklagten. Er machte unter anderem geltend: Die Instruktion für die Oberpräsidenten diene ihrer ganzen Bestimmung nach nur dazu, den Zuständigkeitskreis jener Beamten zu bestimmen; es werde ihnen darin nur die Genehmigungsbefugniß erteilt. Wenn den Oberpräsidenten so das Recht gegeben werde, öffentliche Kollekten zu genehmigen, dann sei damit indessen noch lange nicht gesagt, daß jede nicht genehmigte öffentliche Kollekte rechtlich unzulässig sei und daß sich ihr Veranstalter strafbar mache. Die fragliche Anweisung an die Oberpräsidenten könne auch so aufgefaßt werden, daß die Genehmigung von gewissen Kollekten durch hohe Beamte ermöglicht werden sollte, um diesen Kollekten beim Publikum ein höheres Ansehen, einen autoritativen Anstrich zu geben. Auch sei die Annahme des Landgerichts werthlos, daß die Worte in der Instruktion: — öffentliche Kollekten in einzelnen Regierungsbezirken oder den Provinzen — andeuteten, daß nur große, allgemeine, sich über Regierungsbezirke oder Provinzen erstreckende Kollekten gemeint seien. Selbst wenn man der Instruktion weitere Eigenschaften als die einer Anweisung beimessen würde, ergäbe sich im vorliegenden Falle noch nicht ihre Anwendbarkeit. Denn sie spreche ja von der Genehmigung zur Ausschreibung von Kollekten, von der doch bei einer Tellerammlung nicht die Rede sein könne. In diesem Sinne habe sich sogar einmal der Minister des Innern mit bezug auf „bestimmte oder unbestimmte Eintrittsgelder in Versammlungen“ ausgesprochen. — Der Strafnat des Kammergerichts gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus: Die Instruktion für Oberpräsidenten vom Dezember 1825 scheint äußerlich allerdings kein Verbotsgesetz zu sein. Sie stellt sich aber inhaltlich als ein solches dar, da den Oberpräsidenten anschließend das Genehmigungrecht für öffentliche Kollekten übertragen werde; sie verbiete damit, ohne Genehmigung öffentliche Kollekten zu veranstalten. (Sonderbare Auffassung!) Was das „Ausschreiben“ betreffe, so habe man darunter nach Annahme des Gerichts im Jahre 1825 „Veranstaltung“ verstanden. Die Instruktion beziehe sich auf alle Kollekten, abgesehen von kirchlichen, und zu den Kollekten gehörten die Tellerfassungen, wenn man sie im gewöhnlichen Leben auch als Tellerfassungen bezeichne.

„Die Gendarmen sind ja dazu da!“ Durch diese Worte sollte sich unser Parteigenosse Eisenhauer zu Johannes Thal der öffentlichen Beamtendeckelung schuldig gemacht haben. Am 31. Oktober früh beobachtete Eisenhauer auf dem Wege von Johannesthal nach dem Bahnhof Nieder-Schönweide zwei Personen, welche sich ein Vergnügen daraus machten, Plakate abzureißen, auf denen eine Einladung zu einer Volksversammlung enthalten war. Eisenhauer tadelte die Leute wegen des Unzugs mit den Worten, daß die Einladungen sie doch nichts angingen, wie sie dazu kämen, die Plakate abzureißen, dazu seien ja die Gendarmen da! Diese Zurechtweisung hörte der Fortkäufer Rosenow. Er rief in seinem Parteigenossen nach: „Sie gehören wohl auch zu der roten Gesellschaft, warten Sie nur, Jungelen, Sie werden schon kriegen.“ Sie haben sich einer Beamtenbeleidigung schuldig gemacht.“ Der Fortkäufer theilte das Vorkommniß richtig dem Gendarm Steinbacher zu Niederschönweide, sowie dem Gendarm Hauschild zu Johannesthal mit, und diese beiden Beamten fühlten sich denn auch prompt beleidigt und stellten Strafantrag. Das Schöffengericht zu Rixdorf, vor welchem Eisenhauer sich am 25. Januar zu verantworten hatte, erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 30 M. Geldstrafe beantragt.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt Reichstags-Abgeordneter Peus am Mittwoch einen Vortrag, worin er den Gedanken vertrat, daß die Erwerbung des Klassenbewußtseins in der breiten Masse des Proletariats und die Organisation desselben in erster Linie notwendig sei, um den organisierten Besitzenden die Macht zu entwenden und an stelle des Klassenstaates die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, in der mehrere Redner ihren Ansichten über eine geeignete Agitation und die Mittel zu derselben Ausdruck verliehen.

Frau Sanitätsrath Schwerin sprach am Mittwoch Abend in der Freien Vereinigung der Kaufleute vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft über die soziale Stellung der Frauen in England. In fesselndem einstudigem Vortrage entwarf die Rednerin ein lebendiges Bild von dem Wirken der englischen Frauen in den Konsumgenossenschaften, der städtischen und privaten Armenpflege, den Gewerkschaften etc. dabei auch die deutsche Frauenbewegung streifend. In der sich entspannenden regen Diskussion vertrat Frau Emma Zimmer, Frau Buntsch und Frau Baar, sowie die Mitglieder Simmel und Liepmann den Standpunkt der proletarischen Frauenbewegung, darauf hinweisend, daß die Sozialdemokratie die völlige Gleichstellung beider Geschlechter schon lange erstrebe und daher eine aparte Kampforganisation bürgerlicher Frauen so lange mit Mißtrauen betrachtet werden müsse, bis sich diese ebenfalls auf antikapitalistischen Standpunkt stelle. In ihrem Schlußwort vertheidigte die Referentin in recht geschickter Weise ihren Standpunkt, nicht ohne hervorzuheben, daß sie manches Neue und Lernenswerthe aus der Polemik entnommen habe und weitere Aussprachen beiden Theilen von Nutzen sein könnte. Zum Schluß wurde zum regen Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert, welchem Wünsche vielfach entsprochen wurde.

Die Kupferstiche verhandelten am 16. Januar über einen Antrag des Vorstandes betreffend die Erhöhung der Reise-Unterstützung von 2 auf 3 Pf. pro Kilometer. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Der heutige Metallarbeiter-Verband (Bezirk VII, Moabit) hielt am 20. d. M. eine Versammlung im Moabiter Klubhaus, Wuststr. 9, ab. Nachdem Gryzewski einen beifälligen Vortrag über Elektrizität gehalten und die neue Bezirksleitung für den nächsten Bezirk gewählt worden war, entspann sich eine rege und interessante Debatte über den Antrag des Hauptvorstandes, betreffend die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Alle Redner verwarfen sowohl aus prinzipiellen wie tatsächlichen Gründen den Antrag und drückten ihre Zufriedenheit über den Beschluß der Quartalsversammlung der Berliner Verwaltungsstelle aus, die beschloß, gegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung einzutreten.

Der allgemeine deutsche Tapezirer-Verein tagte am 20. Januar. Ostlopp giebt den Kassenerbericht, der sich folgendermaßen gestaltet: Einnahme 181,70 M., davon 2/3 für die Hauptkasse, bleibt für die örtliche Verwaltung 60,58 M. Die Mitgliederzahl beträgt 218. Die Einnahme des Reservefonds beläuft sich mit einem Kassenerbestand von 97,19 M. auf 114,19 M., die Ausgabe 60,95 M., bleibt ein Bestand von 53,24 M. Ein Antrag, im nördlichen Stadtteil eine Versammlung einzuberufen, um dort eventuell eine zweite Filiale zu gründen, wurde angenommen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter P. D. 2. Bevollmächtigter P. Schmidt, 1. Kassierer Plettenberg, 2. Kassierer Paul Schmidt, Schriftführer Vesper, Revisoren: Paul Engel und Max Engel.

Der Verein Berliner Drochsenkutscher hielt seine diesjährige ordentliche Generalversammlung am 21. Januar in den Armin-Hallen ab. Der Verein hat im abgelaufenen Jahre 11 Mitglieder durch den Tod verloren, deren Andenken in üblicher Weise gelehrt wurde. Nach dem vom Vorsitzenden Knüttler erstatteten Geschäftsbericht hat der Verein zur Zeit 800 ordnungsmäßig zahlende Mitglieder. Die Tätigkeit des Bureaus, welches sich vom 1. April ab Schützen-Strasse 58 befindet, erstreckte sich auf Anfertigung von 699 Protokollen, 1769 sonstigen Schriftstücken, Auskunftsleistungen u. s. w. Im Fundbureau wurden 1781 Fundstücken eingeleistet, davon 819 reklamiert und 1679,95 M. Finderlohn gezahlt. Dem Verein erwuchs aus dem Fundbureau ein Gewinn von 400,65 M. Das Vereinsvermögen belief sich beim Kassenschluß auf 2766,98 M. Im Arbeitsnachweis waren nur 77 vakante Stellen gemeldet, was auf die geringe Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises seitens der Mitglieder zurückzuführen ist. Der Vorstand wurde einstimmig entlassen. Die Generalversammlung vollzog sodann die Neuwahlen für die Vereinsämter, die folgendes Resultat hatten: Knüttler erster, Kranz zweiter Vorsitzender; Densel erster, Schreiber zweiter Kassierer; Lüdtke erster, Ehmler zweiter Schriftführer; Röhrich, Scheide und Hoffmann Beisitzer. Gewählt wurden ferner A. Schulz, Meyen und Vollenknecht als Revisoren, sowie ein Vergütungs- und Bannerkomitee und eine neungliedrige Kommission zur Ausarbeitung veränderter Vereinsstatuten. Zum Schluß wurden interne Vereinsangelegenheiten verhandelt.

Die 6. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher und Berufsgenossen tagt gegenwärtig in Kassel. Die Sitzung begann am 20. Januar und wurde von dem Verbandsvorsitzenden Nikolai mit einer kurzen Ansprache eröffnet, worauf Többer-Hamburg und Krüger-Dresden zu Vorsitzenden gewählt wurden. Die vorgelegte Geschäftsordnung wird mit kleiner Änderung angenommen. Die Mandatsprüfungskommission stellt den Antrag, die eingelassenen sechs Proteste als hinfallig zu betrachten und sämtliche 51 Mandate für gültig zu erklären. Nach längerer Debatte, die noch einen Teil der Nachmittags-Sitzung in Anspruch nimmt, werden sämtliche Wahlen für gültig erklärt. Bei Schluß der ersten Sitzung verließ der Vorsitzende noch ein Begrüßungs-Telegramm der österreichischen Kollegen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Nikolai heben wir hervor, daß der Verband im Januar 1894 96 Filialen zählte, zu Ende 1896 aber 163 Filialen bestanden. In diesem Jahre sollen 18 Städte die Absicht haben, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Verbandskassierer Wendt ergänzt noch in einigen die Ausführungen des Vorsitzenden. An diese Berichte reihte sich eine ausgedehnte Debatte, an der sich sechs Delegierte beteiligten, von denen u. a. Kolb-Karlsruhe behauptet, daß kein gedruckter Bericht vorliege. Der mündliche Bericht sei zwar sehr lang, enthalte aber wenig über die Tätigkeit des Vorstandes. Die Vereinigung habe keine großen Fortschritte gemacht, sondern sei eher zurückgegangen. Többer-Hamburg pflichtet dem bei und spricht sich gegen die Aufnahme der Statistik, als unter dem begleitenden Umständen vollständig wertlos, aus. Auch Leinert-Dannover wendet sich energisch gegen den Bericht des Hauptvorstandes und behauptet, daß derselbe in der Schönfärberei alles mögliche leiste. Die drei anderen Redner behandelten mehr lokale Angelegenheiten. Die Diskussion wird hierauf auf Dienstag vertagt.

Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands in Hof. Auf Grund des Berichtes der Revisionskommission wurde dem Geschäftsleiter Thomas-Nixdorf für seine Geschäftsführung Decharge erteilt. Als Vorort wurde wieder Berlin bestimmt. Der Antrag, einen befähigten Geschäftsleiter anzustellen, fand einstimmige Annahme, dagegen konnte sich der Kongreß nicht dazu entschließen, dem

Geschäftsführer die Führung der Statistik zu übertragen. Eine längere Debatte rief die Gehaltsfrage hervor und einigte man sich schließlich dahin, den Geschäftsleiter mit 1500 Mark jährlich zu besolden und ihm für das Bureau einen Miethbeitrag von 200 M. pro Jahr zu gewähren. Als Geschäftsleiter wurde in geheimer Abstimmung mit 28 Stimmen Mitschle-Hamburg gewählt. Der seitige Geschäftsleiter Thomas-Nixdorf hatte mit aller Bestimmtheit eine Wiederwahl abgelehnt. Die Wahl zum Generalstatistiker fiel wieder auf Dietmann-Berlin, dem eine jährliche Gratifikation von 100 M. zugewilligt wird. Den gleichen Betrag erhalten als einmalige Unterstützung die Hinterbliebenen des ehemaligen Generalstatistikers Scherz. Der Antrag, eine fünfgliedrige Revisionskommission zu wählen, deren Mitglieder nicht sämtlich in Berlin wohnen, fand Annahme. Diese Kommission hat jährlich mindestens zweimal eine Revision der Tätigkeit der Geschäftsleitung vorzunehmen; ferner sind ihr alle Beschwerden einzureichen und hat der Obmann dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten. Man hofft auf diese Weise den Mißereisen, wie sie in Berlin vorgekommen sind, ein Ende zu bereiten. Zu diese Kommission wurden gewählt: Thomas-Nixdorf, Jankel-München, Tiche-Bunzlau, Danner-Pina und Kraft-Mannheim. Abgelehnt wurde der Antrag, den Kongreß nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, während der Antrag, eine Zuschussklasse für Krankenunterstützung zu gründen, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde.

Damit hatte der Kongreß seine Arbeiten beendet; der Vorsitzende Starke-Dresden konnte denselben am Mittwoch Mittag 12 Uhr schließen. In seinem Schlussworte dankte er dem früheren Geschäftsleiter Thomas-Nixdorf für dessen aufopfernde Tätigkeit im Interesse der Organisation. Stehend sangen hierauf die Delegierten die Arbeiter-Marschlied.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag Abend 8 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Sächsisch-Mährische Arbeiter-Bildungsschule (Antike und moderne Naturgeschichte, Problem der Weltbildung im Allgemeinen, Geschichtliche Übersicht und biblische Weltanschauung. Die Entdeckung der Erde aus ihrer geologischen Stellung im Weltall. Die Entstehung der Gesteine und die geologische Geschichte der Erde. Die Entstehung des Menschen in das Naturgange (Kamant-Baum). Die Seelenproben. Kometen und Meteoriten. Grenzen der Naturwissenschaft. Der Tr. G. G. - Nord-Schule, Brunnenstr. 33: Rede-Übung (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schall.

Die Schatzkammer hat zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials, schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Die Fesche der Arbeiter-Bildungsschule. Brunnenstr. 33, 11 wochentags von 8-9 Uhr, Sonntag von 1-2 Uhr, und für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule 30, Adler-Str. 10, gegenüber Platz 7, bei den Vereinsvorständen zur Benutzung von Büchern wissenschaftlichen Charakteres zur Verfügung steht, ist vom Montag von 10-11 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorsitzender W. Neumann, Postamtstr. 4. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Wuststr. 4, 9. 2. 2.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

geladen die Reichstags-Abgeordneten Professor Gupeden Professor Siche. Ferner sind sämtliche Bädermeister Berlins und Umgegend eingeladen, sowie das konsumierende Publikum, um, wie es in dem Aufruf heißt, diesem ein Bild zu geben unter welcher elenden Verhältnissen das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, produziert wird. Das Publikum habe wohl ein Interesse an diesen Zuständen und sei berufen, mitzuwirken, daß im Bädergewerbe in hygienischer Hinsicht, wie auch betreffs der Lebenshaltung der Arbeiter Reformen platzgreifen.

Aufruf an die Angestellten der Berliner Versicherungsgesellschaften: Kollegen! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei Berliner Versicherungsgesellschaften Angestellten werden von Jahr zu Jahr schlechtere, während die Profite der Aktionäre immer mehr anschwellen und oft eine fabelhafte Höhe erreichen. Der sinkenden Tendenz des Arbeitslohnes muß Einhalt geboten werden. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns endlich aufrufen, um gemeinsam für eine Verbesserung unserer so elenden Berufsverhältnisse tätig zu sein. Bisher mangelte uns jede Interessensvertretung, das muß anders werden.

Unterstützt deshalb die unterzeichnete Kommission durch umgehende Mitteilungen über eure Lage, damit diese demnächst durch eine Versammlung der Öffentlichkeit bekannt gemacht und der Zusammenschluß zur Abwehr herbeigeführt werden kann. Je reichhaltiger das Material, je größer der Erfolg; thue deshalb jeder seine Pflicht.

Die Aufschriften, über deren Urheber wir strengste Diskretion zusichern, sind zu richten an den Bureauvorsteher G. Bauer in Berlin N., Arconaplatz 8.

Die Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten.

Zu der Lederfabrik von Eyl u. Straffer in Berlin Sandstr. 18, stellen 50 Färber die Arbeit ein, weil ihre Forderung auf Wiedereinstellung eines angeblich wegen Ungehörigkeit entlassenen Kameraden abgelehnt worden war.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

Gambert. Die Längle Straße in Berlin ist die Müllerstraße. Emil Jensen. Wenden Sie sich an den Verein der Lithographen, Steinbenderstr. (Adresse: Otto Sailer, Nankauerstr. 12.)

Museumsstr. 100. Sie muß gerichtlich oder notariell beglaubigt sein. U. V. Ist bei Eingabe des Arbeitsvertrages Beitritt vereinbart, so kann der Arbeitgeber nicht einseitig (ohne Zustimmung der Arbeiter) statt Beitritt Stillschluß einführen. Die Arbeiter haben für die Dauer ihres Bindungsfrist das Recht, Beitritt zu verlangen. Sie tun gut, bei der Verhandlung sich die Eintragung des Rechts vorzubehalten und dann (beim Gewerbegericht) die Differenz einzulangen. Den Protest gegen die Kündigung der Lohnform sollten Sie nicht unterlassen. - G. W. S. Rein. - G. M. 72. Ist jeder im Recht. - R. V. 16. Rein. - 224 W. Was ständbar und was? Welche zeitlich ist, ist wiederholt ausführlich, s. B. im "Vorwärts" vom 30.12.72 dargelegt. Son den Ihrerseits angelegten Enden werden Regulator, Topfs und Spiegel für pflanzlich erachtet werden. - 100. 11. Der aus der Landesliste Ausgetretene hat für 2 auf das Austrittsjahr folgende Jahre nach Steuern zu zahlen. Bredts Austritt aus der Landesliste müssen Sie Ihre dahingehende Absicht dem Landesgericht mitteilen. Alsdann wird Kenntnis andernannt, in dem Sie zu gerichtlichen Protokoll Ihre Erklärung zu wiederholen haben. - Z. R. Rein. - R. M. Preis. 1 und 2. Rein. Ihre Frage wäre ausführlich. - G. M. 17. G. 100. 1 und 2. Ja. - M. L. 191. Sie würden mit der Frage nicht durchbringen. - B. 87. Verfügung wird kaum eingetretet sein, indes erscheint Ihre Freisprechung wahrscheinlich. - G. R. 100. Wie ein einfaches ein wochentliches Testament zu errichten ist, ist im Briefkasten des "Vorwärts" wiederholt ausführlich dargelegt. - M. 10. Ja.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 60, 2. Hof.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!
Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr,
im "Schweizergarten":
Große öffentl. Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Stadthagen über: Polizei und Presse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Zimmerer!
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(G. H. R. 2 Hamburg) örtliche Verwaltung, Berlin.
Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Beuthstr. Nr. 21:
Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1896. 2. Wahl der Revisoren. 3. Vortrag, gehalten von Dr. Kollwitz über: Das Simulantentum bei den Krankenkassen. - Mitgliedsbuch legitimiert.
250/8
Der Vorstand. H. Gruse, Barnimstr. 41a.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:
81/1 **Sitzung der Ortsverwaltung.**
Achtung, Einseker!
Die ehemaligen Mitglieder des Vereins der Einseker werden ersucht, ihre Freibills zu dem am 27. Februar stattfindenden

Maskenball 81/2
Grenadierstr. 33 abzuholen.
Die erste Brauerverammlung findet am Sonntag, den 21. Febr., Grenadierstr. 33 statt. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 31. Januar 1897, nachmittags 1/3 Uhr,
im Zentral-Theater, Alte Jakobstr. 30:
(Zweite Aufführung.) **Winterschlaf** von Dr. Max Dreyer.
Neue Mitglieder werden an allen Zahlstellen aufgenommen.
(Siehe heutigen Sautenamtsblatt.) 150/8

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Wohin führt die politische Maßregelung der Sozialdemokratie?
Kritik der politischen Reaktion in Deutschland.
Von Parvus.
62 8/16 Seiten. Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.
Die Herrschenden drohen in ihrem Lebermuth, die Sozialdemokratie mit Gewalt niederzudrücken; wenn es nicht anders geht, mit Hintz und Sabel. Können sie es? Und wie weit reicht die Macht der Reaktion? Und dann, wer steht hinter der Reaktion? Welchen Geschäfte befolgt sie? Daraus sucht die angelegte Schrift eine klare und bündige Antwort zu geben.
Suchhandlung Vorwärts, Beuthstr. 2.

Verband der Sattler und Tapezire!
(Filiale Berlin I.)
Sonntag, den 30. Januar, abends 9 Uhr, im Kink'schen Musikant.
Alte Jakobstr. Nr. 83:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Generalversammlung. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht
156/13 Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg.
Sonntag, den 31. d. M., nachm. 2 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe:
Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Meyer-Berlin über: Die Bedeutung der Stadterneuerungswahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Parteigenossen, in der Versammlung zu erscheinen.
208/6 **Der Einberufer.**
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.
(Örtliche Verwaltung Berlin C.)
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Werner, Bülowstr. 59:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1896.
2. Berichterstattung von der in Koburg abgehaltenen Generalversammlung.
3. Beschlußfassung und Wahl des Vorstands für das nächste Jahr 2 und andere Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
182/8 **Die Ortsverwaltung.**

Tischler-Verein.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Gustav Hörnick
im Alter von 67 Jahren am 27. Jan. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Rappensstraße 78, aus nach dem St. Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.
Um rege Theilnahme bitten
198/10 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen von Schöneberg zur Nachricht, daß meine liebe Frau am Dienstag an der Prostata-Krankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachm. 1/2 Uhr, auf dem Schöneberger Kirchhof in der Landsberger Allee.
Franz Grabowski,
Barbarossastr. 79.

Guckel.
Vauflerplatz 2, Wafferg. Guckel, Nr. 12, Steglitzerstr. 71 I.
Richard Babel's Restaurant
C. Rosenthalerstr. 57.
Bereits am Freitag, den 31. Januar, um 100 Personen sind für Mittag, Mittwoch und Donnerstag frei. 1072/4

Pichelswerder.
Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorräthig.
Es ladet ein **Der alte Freund.**

Wohin führt die politische Maßregelung der Sozialdemokratie?
Kritik der politischen Reaktion in Deutschland.
Von Parvus.
62 8/16 Seiten. Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

Meinen Freunden, Gönnern und dem geschätzten Publikum des Ostens die ergebene Mittheilung, daß ich

morgen Sonnabend mein 3. Kaufhaus, Grüner Weg 31, Ecke **eröffne.**

Jacques Raphaëli Berlin, Spandauer Brücke 2. Potsdamerstr. 106a, Steglitzstr. 91.

Morgen Sonnabend: Eröffnung d. III. Kaufhauses, Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz, gegenüber d. Markthalle. Verkauf von Cigarren, Schuhwaaren, Herren- und Knabengarderobe und Hüte.

Auf meine am Sonntag erscheinende ausführliche große Offerte wies den freundlichen Leser hin.

Theater.
Freitag, den 29. Januar.
Opernhaus. VI. Symphonie-Abend.
Schauspielhaus. Genoveva.
Deutsches. Johu Gabriel Dorfman.
Berliner. Renaissance.
Vesting. Les Dami-Vierges.
Westen. Unsere Frauen.
Neues. Marcella.
Residenz. Die Frauenjäger.
Unter den Linden. Hohe Burg.
Mund um Wien.
Central. Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Wissenschaftl. Theater. Abend 8 Uhr.
Ehalla. Frau Lieutenant.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Schiller. Der Scherling. Die Komödie der Irrungen.
Alexanderplatz. Ohne stützlichen Halt.
Chend. Der Wälfersjung.
Parodie. Genoveva.
Volks. Robert und Bertram.
Passage-Panoptikum. Traumbilder. Spezialitäten.
Wolfs. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr: Auf vielbes. Verlangen:
Don Carlos.
Eintrettskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Der Scherling. Die Komödie der Irrungen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Mit Vergnügen.

Central-Theater.
Alle Jahrsfr. 30. Dr. W. Schülz.
Freitag, den 29. Januar cr.:
Emil Thomas a. G.
Zum 309. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannhaldt und J. Freund. Musik von Julius Gumboldt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Eine tolle Nacht.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grun-Theater).
Frau Lieutenant.
Schauspiel in drei Akten von Paul Ferrer und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“
Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr: Trilby.

Friedrich-Wilhelms-Theater.
Heute, Freitag, Anfang 1/8 Uhr:
Zum 1. Male:
Genugthuung.
Schauspiel
in 3 Akten von B. P. Ghrasen.
Hierauf, 7 1/2 Uhr: Der Postvogel.
Bolschud in 5 Akten v. Max Meyer.
Sonnabend 8 Uhr: Der Postvogel.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: Die Kaiserin. Schauspiel in 3 Akten und 1. Teil nach dem gleichnamigen Roman von Charlotte Birch-Pfeiffer. Abends 8 Uhr: Dorf und Stadt.
Billetts sind ohne Vorbestellgebühr schon 3 Tage vorher an der Theaterkasse zu haben; außerdem im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24, bei Paul Klose, Leipzigerstraße 8, und Julius Vengensfeld, Wartburgstr. 50.

Alexanderplatz-Theater.
Zum letzten Male:
Witzige Komödie! Ohne stützlichen Halt. Stützenbild aus dem Berliner Leben in 5 Akten v. Wilhelm Friedhold. Anfang 8 Uhr.
Bonds, auch die zu anderen Städten ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
Morgen, Sonnabend, zum ersten Male: Eine pikante Ehe. Pöste mit Gesang in 5 Akten von Eugen Brubner.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Aschenbrödel. Zauberwärdchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Volker-Büster.
Billetts sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11-1/2 Uhr. Abends von 7 1/2 Uhr an.

Ostend-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132. Dr. G. Weß.
Der Wälfersjung.
Gesangs-Pöste in vier Akten von Mannhaldt. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Wälfersjung. Sonntag, nachmitt. 3 Uhr: Der deutsche Wälfersjung.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Invalidentheater. 57/52
Vechter Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater: Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesansicht.

Passage-Panoptikum.
Bom 23. d. M. ab:
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen
um 5 und 7 Uhr.

Castan's
Panoptikum.
Die
indischen
Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Beischwimmen.

Münz- u. Kaiser Wilhelmstr.-Ecke
Winkler's großes
Anatomisches
Museum
Freitag von 2 Uhr ab: Damentag.
Entrée 50 Pf. 120M

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Köpenickerstr.)
Direktion: Joseph Widinger
und Leonhardy Gabel.
Geneigt für Max Wisinger:
Der Glücksmacher.
Der Lumpenball.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pfennige.
Sonnabend, 31. Januar
wegen Privatfestlichkeit
geschlossen.
Die Direktion.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dr. J. Glüd.
Letzte Woche i. d. sensationelle
Januar-Programm
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Montag, den 1. Februar 1897:
Erstes Auftreten der berühmten
spanischen Tänzerin
Carmencita,
sowie des engl. Schönheits-Duinetts
The 5 Lorrison,
genannt: Das Empire-Quintett.
Erster: 12 neue Debüts.
Beginn der Vorstellungen ab
1. Februar um 7 1/2 Uhr.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
Im Frühlingsglanz!!!
Populäre Konzerte:
Im Niederbain.
In der Rosenlaube.
Im Obgarten.
In der Hoflaube.
Im Weinberg.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Auftreten von Humoristen, Komikern etc.
Hauswirths Lächtelein.
Pöste.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

Feen-Palast, Burg-
strasse 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Sonntag
das reichhaltige
Januar-Programm
Sonntag letzte Auftreten des ge-
samten so erfolgreichen
Künstler-Personals.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Referiert 50 Pf.
Am 1. Februar durchweg
neue Spezialitäten.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstr. 34
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachstrome:
Abends 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gesangsposse in 4 Akten
von G. Käber.
Robert: D. Kettner. Bertram:
R. Conrad. Möbel: Fräulein
Seiden. Jodelmeier: Herr
August Reiff. Jod: Herr
Brodok. Strambach: Herr
Richter. Jidore: Fr. Elise
Bendix.
Entrée 50 Pf. bis 10 Pf.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. Geshw. Carré, brillante
Doppel-Jongleure.
Mira Herrmann, die feine Soubr.
Otto Buddel, gefüllt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten, Pöste.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Unterschied: Biletts haben Gültigkeit.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläums-Zaion 1896/97.)
Freitag, den 29. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Aufführung der Novität:
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasiën.
Eine romantisch phantastische
Handlung. Von Direktor Franz
Renz und dem größtenteils besitz-
lichen Hofballmeister Aug. Niems.
Noch nie gesehene Kostüme!
Höchst charakteristische Dekoratio-
nen. Ueberwältigende musikalische Effekte.
Eibfall! Rockfall! Badefall!
Sonnabend, 30. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus der Mappe eines
Riesengebirgs-Phantasiën.
Sonntag, den 31. Januar 1897:
2 große Vorstellungen. 2
Nachmittags 4 Uhr: Ermüdigte
Pöste und 1 Kind unter 10 Jahren
frei.) Aufführung des großen
militärischen Aushattungstückes
1870/71.
Abends 7 1/2 Uhr: Aus der Mappe
eines Riesengebirgs-Phantasiën.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Craniensfr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Novität:
Genoveva, Pöstgrün am Rhein,
oder: Ein schwer geprüftes Frauen-
herz. Großes Ritterdrama in 5 Akten.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Seute
sowie jeden Freitag u. Montag:
Stettiner Sänger
(Meyel, Pietro,
Britton, Steidl,
Arone, Köhl und
Zhrader).
Unter anderem:
Heber den Zapfen gekriehen.
Militärische Humorede.
Hüte's Zehmentreide.
Reuefied Ensemble von W. e. f. l.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (Rege Plakate).
Sonntag:
Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuser Strasse 4a.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Freitag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Glänzendes Programm.
Abends 7 1/2 Uhr:
Nach Sibirien.
Reichhaltige Ausstattung. Noch in keinem andern Circus gewagte
equitr. Effekte.
Außerdem: Humoristisches Programm. Sämtliche Klowns
mit ihren besten Nummern. Wiederauftreten des Rixdorfers
Bogowski. Dir. Busch mit seinen bedr. Freizeitsperden.
Die vorzüglichsten Schulpöste. Spezialitäten I. Ranges.
Roujen: Nach Sibirien.
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmitt. 4 Uhr: Zschens.
Abends 7 1/2 Uhr: Nach Sibirien.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (Lützow-Passage)
Münchstr. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernposse mit Gesang und
Tanz in 1 Akt.
Letztes Wochenprogramm im Januar!
Herr. Wehling, Tanzkomiker Lotte
Eger, Brauere-Musik mit 50 dresd.
Matten. Max Alfredo Rex, Salon-
Humorist. Ernst Kühne als lie-
reicher Franzose. Großes Ritteras,
musikalische Klowns ohne Konkurrenz.
Freizeitarbeiter haben Gültigkeit.
Am 1. Februar durchweg
neues Programm.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. R. Winkler.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theatersaal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Pöste mit Gesang
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.
Frische Grützwurst
jeden Sonnabend, à 60 Pf. 60 Pf.
hoch. Thür. Rothwurst 65 Pf. zc. empf.
Plätz, Bernstr. 17, Marktmarkt.

Weltgeschichten.
Brodhans, Meyer's Lexikon.
Brehm's Thierleben, jedes wissen-
schaftliche Werk beiseit und taugt
Leichhaus u. Antiquariat Hofen-
thalerstr. 11/12. Referiert III. 8635.
Maschengarderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Craniensfr. Nr. 175.
Mühlstr. 91.
Ecke Craniensfrasse.
Hirschfleisch à Pfund 25. 30.
40 Pf. Markt 50 Pf.
Kaufl. 70 Pf.
Wildschwein u. Kaninchen.
Cederbruch. Gänse. Gänse 2.80 und
3.- M., geputzt 3.25 u. 3.50 M.
Wild- und Geflügel. A. Ritschl,
Saublung
61 Dresdenerstr. 61 part.

Wohl fühlt sich
bei jeglicher Bitterung, wer
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot)
bei **Jgnatz Sello** bezieht anerkannt
guten **Blum.** 1/2 Pf. inkl. von 90 Pf. an,
vorzählig. **Blühwein-Gegraft.** 1/2 Pf.
inkl. v. 1.10 M. an. **Zugvers. Pfeffer-**
minz. zc. à 1/2 Pf. (inkl.) inkl.
1.10 M. 1/2 Liter. inkl. 55 Pf. **Zions-**
dorfer inkl. Orig.-Zit. 1/2 Pf. à 80 Pf.
alten **Rothhäuser** per Liter 50 Pf.
inkl. **Angarwein.** Orig.-Zit. 1/2 Liter)
inkl. von 30 Pf. an, sowie feinste
Sorten **Beinc. Cognac** u. l. u.
Spirituosen auch im Einzelverkauf nur
zu **Engrospreisen.** Billigste Bezug-
quelle. Bitte genau auf Nr. 110
Brunnenstrasse Nr. 110 zu achten.

**Gardinen-
Rester-Ausverkauf**
älterer Muster in weiß und crème zu
1-4 Restern pöstend, flottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Thur (sein Laden).
Neuheiten treffen täglich ein.

Verwaltung der Koelanstalt
Stadt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Gekochtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund.

Betten, ein prachtvoller Stand,
inkl. f. 20 M. zu vert.
2084b) Reichenbergerstr. 6, u. 1 Tr. I.
Betten, Regulatoren, Remontoir-
ahren, Bänder, Angler, Dosen, Goldwa-
ren, Ornamenten, sportbillig. Französische
Kleiderstr. 6.

1861. Etude, 6 M., an Herrn dem.
Rever. Reichenbergerstr. 115. 2082b
Herr. Schaffelle's verm. Leininger,
Reichenbergerstr. 19, u. 3 Tr.

Arbeitsmarkt.
Farbige, welche selbständig
arbeiten und vergolden können, ver-
Otto Pundershausen, Pringelstr. 99.
Junges Mädchen kann unter günst.
Bedingungen die Photographie er-
lernen bei **Blom & Larsen,**
Dresdenerstr. 67. 2085b
Eine Kotte Garnierin auf
Untersee verlangt **G. Schmal,**
Or. Frankfurterstr. 41-42, Hof
3 Tr. I.

Drahtarbeiter!!
Tüchtige Drahtarbeiter, die
selbständig arbeiten können, müs-
Weslingstraße, werden bei sehr gutem
Lohn für Hamburg gesucht.
Redaktionen bei **L. J. Meyer,**
Steinstr. 90, Hamburg.

**Ein durchaus tüchtiger
Stahlgraveur,**
der auf Verheirathungen gut eingearbeitet
ist, gesucht.
Offerten mit Lohnansprüchen unter
Nr. 858 an die Annoncen-Exp.
D. Schürmann, Düsseldorf.

Kardeshteyer u. Stepperrinnen
verlangt bei hohem Lohn
David Meise, Jägerstr. 25.

Einem Theil der hiesigen Auf-
lage liegt ein Prospekt des Kauf-
hauses Herrn. Zegall, Moabit,
Thurnstr. 33 (vormals Belle-
Alliancestr. 106) bei.

**Der Ausstoß unseres
diesjährigen
Bockbieres**
beginnt am
Sonnabend, 30. Januar cr.
Berlin, Johannisstr. 18/19.
Münchener Brauhaus, Actien-Ges.
Telephon: Amt III No. 8035.

„Ostara“ Gasglühlicht.
Bestes u. billigstes Licht d. Jetztzeit.
Compl. Apparat incl. Montage
3,00 Mark.
Glühkörper, für alle Systeme passend, 75 Pf.
do. frei Hand 85
Hermann Mähler,
Marsiliustr. 17.
Fernsprecher Amt VII No. 4360.

Die Mehlschlundung
von Adolph Habermann, früher
U. Postvogel, Rantzenstr. 75
empfehl. bestens: 2022
Rübsamen . . . 5 Pf. 5 Pf.
Weizen . . . 15 Pf. 70 Pf.
Spisamen . . . 13 . . . 60
Halt . . . 15 . . . 70
Drie, bunz . . . 10 . . . 45
Drie, weiß . . . 12 . . . 55
Vollmaiz . . . 20
Taubenerbsen à 10 Pf. 1/2 Str. 1.-
Wicken . . . 10 1/2 . . . 1.-
Nüßtergerste . . . 10 1/2 . . . 1.-
Rais . . . 10 . . .
Daser, geschälte . . . 20
Ankerweizen 20 Gramm 10 Pf.
Für 36 Mark
feine Anzüge nach Maß. Für 30 M.
fr. Sommer-Jacket nach Maß. Für
8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Gehrod-Anzüge zu billigen Preisen.
Groß-Stofflager. 9655
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik**
Guthausstr. Berlin., Pringel-
str. 46, versendet gegen Nachnahme
garant. neue Bettfedern à 2 Pf. 25 Pf.
kurzliche Halbduunen à 2 Pf. 2.125
bester Halbduunen à 2 Pf. 2.175
verzügliche Duunen à 2 Pf. 2.265
Von diesen Duunen gewogen
3 bis 4 Pfund zum großen Obereit.
Verpackung frei. Versch. u. Federn
gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

Sophatoffe
und **Reffe**
in Ripz, Damast, Crèpe,
Phantase, Gobelin und
Blisch sportbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Craniensfr.
Emil Lefèvre,
Nr. 158.